

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. (incl. Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit nächster Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitung:
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verlags-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 31. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Organisation der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundfäden des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundfäden des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet nach Anhörung der Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise der Parteivorstand.

Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschliefung aus der Partei erlischt für jeden früheren Parteigenossen das Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zweck berufenen Vereins- oder Partei- Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Absatz 2 dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 6. Dort, wo aus gleichlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitags muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Versammlung des Parteitags ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitags sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitags durch das Centralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an denselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Parteivorstands und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische, und die Mitglieder des Parteivorstands in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitags ist eine Beschlussfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstands und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstands und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlussfassung über die Partei-Organisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstands;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Centralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitags die Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitags (§§ 8-10).

Parteivorstand.

§ 13. Der Parteivorstand besteht aus 5 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern und 1 Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstands erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Centralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstands, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

§ 14. Die Mitglieder des Parteivorstands können für ihre Tätigkeit eine Befoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die principielle Haltung der Partei-Organen.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstands aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Parteivorstands, sowie als Berufungsinstitut über Beschwerden gegen den Parteivorstand, wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einwendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Centralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstands finden gemeinsame Sitzungen statt.

Centralorgan der Partei.

§ 18. Centralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der principiellen und tatsächlichen Haltung des Centralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preszkommision, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstags-Wahlkreis bestehen darf.

Die Preszkommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Centralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preszkommision entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preszkommision in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Änderung der Organisation.

§ 19. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Vorstehender Entwurf eines Organisationsstatus ist von einer von der Reichstagsfraktion eingesetzten Kommission bestehend aus den Genossen Auer, Weber, Geher, Dreesbach, Stadthagen und Singer entworfen. Der Entwurf ist von der Fraktion eingehend beraten und beschloffen worden, denselben in vorliegender Form dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen.

Gewaltpolitik.

Monza, Sonntag, 29. Juli, Mitternacht.

Als der König heute abend 10 1/2 Uhr nach der Preisverteilung bei einem Wettturnen mit seinem ersten Thronadjutanten den Wagen bestieg, um sich ins Schloß zu begeben, fielen drei Schüsse. Der König sank zurück und starb, ins Herz getroffen, um 11 1/2 Uhr. Der Mörder, Angelo Vespi aus Prato (Toskana), wurde alsbald verhaftet.

In diese aufgewühlten Tage, da die Welt nichts als Blut und Rache zu sehen scheint, fällt, zur Steigerung der Erregung die Kunde, daß König Humbert von Italien in Monza von einem Mörder getötet worden ist.

Der italienische König ist in einem Augenblick den Augen eines Verbrechers verfallen, da sich die politischen Leidenschaften in Italien in einem Ansehungsbefand befinden. Nicht während der letzten leidenschaftlichen parlamentarischen Konflikte, nicht während der Wahlkämpfe, die vielleicht einen verwirren Fanatismus zu Gewaltthaten veranlassen könnten, hat sich das Attentat ereignet, sondern in Zeiten der Vernünftigkeit und des Friedens.

So fehlt jeder direkte Zusammenhang des Mordes mit den augenblicklichen Verhältnissen Italiens. Andererseits erklären sich zum Teil diese Thaten aus den allgemeinen Kultur-Zuständen Italiens. Es ist wohl kein Zufall, daß die Attentäter, denen der französische Präsident Carnot und die österreichische Kaiserin Elisabeth zum Opfer fielen, ebenso Italiener waren, wie der Mörder Humberts. Das tiefe wirtschaftliche Elend, in dem Italien schmachtet, die furchtbare Unwissenheit der Massen, die von einem wuchernden Pfaffenstum in Aberglauben und Verunsinnlichkeit erhalten werden, dazu das heiße jüdische Temperament, das erklärt hinlänglich die allgemeinen Dispositionen zu diesen abertwüßigen Gewaltthaten, die — auch wenn sie politisch gefärbt sein sollten, und in den Augen der Thäter einen edlen Zweck zu verfolgen — ein schlechthin verwerfliches und untaugliches Mittel darstellen. Italien ist das Land, in dem die Kriminalstatistik den höchsten Prozentsatz an Mordthaten aufweist. Nur Rußland, Serbien und Rumänien hat eine noch größere Anzahl von Mordthaten aufzuweisen, die weder des Lebens noch des Schreibens kundig sind; von 1000 eingestellten Recurten können 890 ihren Namen nicht schreiben. So wuchert der dumpe Wahn in den Köpfen, und die brutale Gewalt erscheint den unaufgeklärten Massen als ein gerechtes Ausnahmismittel in privaten und öffentlichen Kollagen.

Aber es bleibt — trotz aller dieser Erkenntnisse der Hintergründe solcher Verbrechen — immer noch unklar, warum gerade jetzt das Verbrechen geschehen ist, wo sich die politischen Leidenschaften in Italien gemildert hatten und wo man auf ein ertragreiches ruhiges Arbeiten hoffen konnte. Es liegt nahe, an die Stimmung zu denken, die durch die chinesischen Ereignisse in dem Europa der herrschenden Klassen hervorgerufen worden ist. Wenn alle diese civilisierten Staaten und Völker in ihren einflussreichsten Schichten in der rohesten Gewalt alles Heil sehen, wenn von den leitenden Kreisen und Staatsmännern alle sittlichen Begriffe pervertiert und überhaupt aus dem Bereich der Politik gewiesen werden, wenn statt des Glaubens an Vernunft, Gerechtigkeit und Humanität als höchste und heiligste Religion die Durchschlagskraft des Kleinkalibers gepredigt wird, wenn das Blut tausender von Menschen erdärmungslos aus Gründen der Staatsraison — die in Wahrheit die Staatsunvernunft ist — vergossen wird, ohne daß die beleidigte Menschheit aufsteht, — so muß das Gewissen der Massen abgestumpft werden, die autoritäre Empfehlung des Waffensmordes muß für den dumphen Sklaven der herrschenden Brutalitätshandlung den Eingekerkerten rechtfertigen, die wunderthätige Kraft, die nach dem Dogma der herrschenden Klassen der Vernichtung von Menschenleben inneohnt, verleitet denn leicht einen leidenschaftlichen Wirbelsturm dazu, daß auch die gewaltthätige Verrichtung eines fürstenhafteren Verbrechen für den Fortschritt der Kultur haben könnte. Die gefährlichen, verwerflichen Meinungen, die der Chinakiller aus der Tiefe europäischer Barbarei an die Oberfläche geschwemmt hat, mögen in dem Mörder Humberts einen allzu gelährigen Schüler gefunden haben.

Wir Socialdemokraten, die wir an die Kultur des Kleinkalibers nicht glauben, die wir in unbefehbarem „Humanitätsbucel“ diese letzten Wochen hindurch, völlig einsam die Ausschweifungen der rohen Gewaltpolitik Tag für Tag bekämpft haben, wie sie die herrschende Klasse durch ihre feile und schamlose Presse in der Chinafrage brünstig begehren — wir Socialdemokraten haben einzig und allein jetzt das moralische Recht, auch die „Gewaltpolitik“ des italienischen Königsjägers zu verurteilen, der — nach den Lehungen der europäischen Rache-Apostel — das Mittel durch den Zweck gebilligt und in dem sinnlosen Vernichtungskult fälschlich ein taugliches Mittel glaubte. Warum jetzt dieser erneute Racheheiß durch die Verfalltats-Presse? Diese Zeitungs-Entrüsten haben das Recht verurteilt, den Mörder Humberts zu schmähen; dieser „Anarchismus“ ist auf dem Boden ihrer eignen Moral erwachsen; er ist ihr natürliches, vergeblich abgelehntes Kind. Und wenn man jetzt wieder versucht, uns Socialdemokraten für den Mord verantwortlich zu machen, so müßte uns solch verleumderisches und idiotisches Geschwätz, das von dem Haß der Unternehmern gegen die Arbeiterschaft besoldet wird, nur Gekel ein; Verachtung wäre eine unverdiente Ehre.

Wenn man schließlich noch nach einem besondern Motiv der Ermordung Humberts sucht, so sei auf unsre — weiter unten abgedruckte — italienische Korrespondenz aufmerksam gemacht, die auf die durch verkehrte Regierungsmethoden mit veranlaßte Steigerung

der Brotpreise hinweist, die eine drohende Gährung des Hungers zu veranlassen geeignet ist.

Aber auch dieses Moment erklärt nur den Haß gegen ein System und allenfalls gegen eine Regierung. Warum wandte sich der Fanatismus gegen den König, und gerade gegen diesen König, der zum persönlichen Haß niemals einen Anlaß gegeben hat? Wieder zeigt es sich, daß gerade neutrale, unpolitische Persönlichkeiten zum Opfer fallen: Carnot, Elisabeth von Oesterreich, Humbert. Schon dieser eine Umstand verrät grell die völlige politische Unwissenheit der Attentäter.

König Humbert ist persönlich nicht viel hervorgetreten. Er galt allgemein als wohlmeinend, aber unbedeutend. In den Parteilampfen mischte er sich nicht viel, und wurde deshalb auch von den Parteien, eine einzig ausgenommen, nicht in den Parteilampfen hineingezogen. In der republikanischen und sozialistischen Presse wurde er kaum genannt. Zum Unglück des Königs waren nicht alle seine Minister so rückwärts wie diese Parteien. Insbesondere Herr Crispijuchte sich bei jeder Gelegenheit mit der Person des Königs zu decken. Und nicht genug, daß er ihn in die Afrika-Politik und die Belagerungsland-Politik hineinzog, er hatte auch den Cynismus, den Namen des Königs in die Bankrott-Liste zu zerren. Die einzige Partei, welche den König methodisch angriff, waren die Sozialisten, deren Presse oft einen sehr heftigen Ton anschlug. Ein Lieblingssthema der päpstlichen Presse war, die heutige Notlage des italienischen Volks mit den Zuständen, wie sie vor der Gründung des Königreichs Italien herrschten, in ungünstigen Vergleich zu bringen.

So würde es schließlich auch nicht überraschen, wenn der Attentäter, den man natürlich sofort als „Anarchisten“ rubriciert, ein Nachfolger — Ravallacs wäre.

In jedem Fall ist König Humbert persönlich unschuldig an den Missethats, unter denen das Land leidet. Und wieder ist es der von den herrschenden Klassen geistlich verbreiteten Verdrümmung zuzuschreiben, wenn sich der Haß unklarer Fanatiker gerade auf gekrönte Häupter lenkt, die in konstitutionellen Staaten fast überall mit einem mächtigen oder gar keinen Einfluß auf die Entwicklung haben. Die Byzantiner, die immer lügen, daß der König der Vater aller Guten sei, müssen natürlich in nicht scharf denkenden, unwissenden Köpfen auch die Folgerung hervorufen, daß der Fürst auch der Urheber aller Uebel sei. Die monarchische Verehrung, die in jeder Handlung eines Fürsten eine wunderbare Offenbarung sieht, und der Monarchenmord ist im Grund derselben mythischen Anschauung über die Allmacht fälschlichen Gottesgnadentums erwachsen. Ovationen und Attentate sind entgegengesetzte Erscheinungen desselben Irrglaubens, der von den Wortführern der herrschenden Gesellschaft geistlich genährt wird.

Wie immer man auch die Motive des bellagendwerten Verbrechens wählen mag, König Humbert ward ein Opfer jener finsternen Mächte des Glucks, des Aberglaubens, der Unwissenheit, der Gewaltthätigkeit, die von den führenden Klassen unablässig geschäftet und gestärkt werden, deren Ausrottung aber die weltgeschichtliche Mission der internationalen Socialdemokratie ist...

Die Einzelheiten des Mordes.

Die vorliegenden Meldungen sind natürlich nach der bei allen Attentaten üblichen politischen Schablone tendenziös zugespitzt. Der „Anarchist“ stellt sich ja stets sofort ein, bevor man nur das mindeste über die Person, seine Gesinnung und seine Beweggründe weiß. Unter diesem Vorbehalt seien die offiziellen Telegramme wiedergegeben, die teilweise den Wert chinesischer Nachrichten haben.

König Humbert nahm die Einladung des Bürgermeisters von Monza zum Provinz-Turnfest an. Er wohnte demselben ohne die Königin mit dem Adjutanten Ponziovallo bei. Die Wagen zogen an ihm vorbei, er verteilte Preise an die Prämierten und sprach zu jedem einige Worte. Um 10 Uhr verließ er den Turnplatz und bestieg den bereitstehenden Wagen. Noch ehe der Adjutant eingestiegen war, trat aus der Menge ein schädelgeklebtes Individuum hervor und schoß aus einem kurzen Revolver in rascher Folge drei Schüsse auf den König ab. Dieser sprang auf, fiel aber sofort, ins Herz getroffen, zurück und starb. Die Menge stürzte sich auf den Mörder, den die Polizei blutend und zerlegt herauszerre, in einen Wagen warf und fortführte. Der König wurde in die Villa Reale nach Monza gebracht.

Der Mörder erklärte nach der Festnahme, er heiße Gaetano Bresci, geboren am 10. November 1869 in Prato, und sei Seidenweber. Er sagte weiter, er sei Anarchist und komme von Amerika, wo er sich in Paterson aufgehalten habe. Er habe keine Mitschuldigen und habe das Verbrechen aus Haß gegen die monarchischen Einrichtungen begangen. Er sei am 27. Juli von Mailand, wo er sich seit einigen Tagen befunden habe, in Monza angekommen.

Die Entrüstung der Volksmenge über die Mordthat war so groß, daß der Mörder von der Menge in Stücke gerissen worden wäre, wenn die Polizei nicht rechtzeitig eingegriffen hätte.

Der neue König.

Humberts Sohn, der als Victor Emanuel III. den Thron bestiegen wird, ist 31 Jahre alt. Er ist mit der Prinzessin Helene von Montenegro verheiratet. Bis zur Rückkehr des neuen Königs, der sich auf einer Orientreise befindet, erwägt man die Einsetzung einer Regentschaft.

Deutsch-offizielle Nachricht.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Seine Majestät der König von Italien ist das Opfer eines schandvollen Verbrechens geworden. Ueberall im Deutschen Reich erweckt dieser neue, grauenvolle Ausbruch anarchistischer Mordthat mit dem tiefsten Abscheu gegen den Thäter die innigste Teilnahme für die Herrscherfamilie und die Bevölkerung des verbündeten Königreichs Italien. Das jähe Hinscheiden des edlen Monarchen trifft auch unser Vaterland als ein großer schmerzlicher Verlust. Seine Majestät der Kaiser und König beweint in dem hohen Entschlafenen einen treuen, unvergeßlichen Freund, und mit der italienischen Nation trauert an der Bahre ihres geliebten ritterlichen Königs, voll herzlichster Sympathien für seinen erlauchten Sohn und Nachfolger, das gesamte deutsche Volk.

Wehnlich äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die also ihren Nachruf beginnt:

Eine furchtbare Schreckensklunde hat in der verflochtenen Nacht der Nacht aus Monza übermittelte Kaiser Wilhelm's treuer Freund, Deutschlands hoher Bundesgenosse, der ritterliche König Humbert von Italien, ist durch einen verruchten Mordmörder getötet worden. Voll tiefer Empörung über diese neue anarchistische Mordthat, der ein für sein Land in unermesslicher monarchischer Pflichtenwahrnehmung wirkender edler Herrscher zum Opfer fiel, fühlen wir uns in diesen Stunden bitterer Trauer eins mit dem großen Schmerz der verbündeten italienischen Nation.

In beiden Auslassungen lehrt die Verurteilung des „anarchistischen“ Verbrechens wieder.

Vor dem Attentat.

Weltpolitiker und Socialisten. — Eine Renaissance der Städte. — Das Loch im päpstlichen Wahlverbot. — Steigende Brotpreise. — Aus Rom, 27. Juli, wird uns geschrieben:

Die weltpolitischen Zeitungen, die seit dem afrikanischen Feldzug den Weinamen „Kriegswüter“ erhalten haben, finden nicht Worte genug, um die socialistische Partei, die ihnen mit ihren Artikeln über die Expedition nach China in die Quere gekommen ist, zu verdammen und zu vernichten. Besonders die Socialisten, daneben aber auch die Republikaner und die Radikalen, haben dargelegt, daß das italienische Volk gar kein Interesse daran hat, an einer militärischen Aktion nach China teilzunehmen; das italienische Volk treibt dort keinen Handel und kann keine Kapitalien dorthin exportieren, weil sie ihm in Italien fehlen. Die Socialisten haben die Mäander der Speculanten der Reeder, der Militärs aufgedeckt, welche die Bewegung der Vögel beunruhigen wollen, um Geld aus den Taschen des italienischen Volks in die ihrigen hinüberzuleiten.

Und den Vögel, daß die gegen die Weltpolitik gerichtete Propaganda der socialistischen Partei auf die öffentliche Meinung einwirkt, liefern die feindseligen Artikel der „Kriegswüter“ Presse gegen die Socialisten. Man nennt sie dort Vaterlandsfeinde, Verwörer des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Meinung; man fällt die Artikel der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, um einen Gegenstand zwischen der Meinung und Haltung der österreichischen Socialisten und derjenigen der italienischen Socialisten zu konstruieren; ja, man bemüht sich sogar, einen Konflikt unter den italienischen Socialisten selbst heranzuführen. In Mailand, wo das Leben der Partei kräftig pulsiert, fand vor einigen Tagen eine Diskussion statt zwischen den Socialisten Turati und Treves über die Frage, ob man sich an der chinesischen Expedition beteiligen solle.

Turati verteidigte den Satz, daß für solche Unternehmungen wie die chinesische kein Mann und kein Groschen bewilligt werden dürfe; denn, sagte er, die Niedermetzungen von Missionaren und Kaufleuten in China sind Vorkommnisse, welche die kapitalistischen Unternehmer angehen, und der Staat ist in keiner Weise verpflichtet, für den Schaden aufzukommen, wie er auch nicht den auf der Straße beraubten Bürger entschädigt. Wir können diese Unternehmungen nicht unterstützen; sonst kommen wir dahin, wohin das europäische Konzert — seine Eintracht ist freilich verächtlich, wie das Bild zu Sais — mit seiner Politik jetzt gekommen ist.

Treves, der ebenfalls jede militärische koloniale Unternehmung verwirft, sagte, daß der Satz keinen Mann und keinen Groschen für China angeht, der kapitalistischen Entwicklung, welche für unser Land vorteilhaft und geeignet ist, sein ökonomisches Niveau zu heben, wohl eine ausnahmsweise Interpretation erfahren dürfte. Und er fügte hinzu, daß dieser Satz uns dahin führen könnte, den Tausenden von Italienern, die nach Südamerika auswandern, jeden Schutz zu verweigern. Das ist der schwache Punkt in der Beweisführung von Treves, weil man sehr wohl zugiebt, daß Italien wirkliche Interessen in Bezug auf Handel, Geld und Menschen hat, und weil niemand, auch kein Socialist, eine koloniale nicht-militärische Aktion verwirft. Dieser Punkt wurde in einer ruhigen Diskussion erörtert, die in den Mailänderischen Journalen Aufsehen erregt hat; dieselbe wurde von den Weltpolitikern (auch der deutschen Presse, wie des „Verl. Tagebl.“, „Red. des Vorw.“) ausgebeutet, die hierin eine Spaltung zwischen den Socialisten sehen wollten. Ich habe kaum nötig, hinzuzufügen, daß die große Mehrheit der Partei und der Presse auf Seite Turatis und des „Avanti“ steht.

So viel bleibt sicher, daß dank der Opposition der socialistischen Partei und ihrer Propaganda unter den arbeitenden Klassen eine neue koloniale Unternehmung der Art, wie die afrikanische, die uns nach Afrika geführt hat, heute unmöglich ist.

Der „unsterbliche“ Stadtrat Mailands ist im Begriff, eine Organisation der italienischen Kommunen zu schaffen, um eine Liga der Gemeinden zu bilden und durch die Kommune ein Gesetz zu erhalten, das den Kommunen eine größere Selbständigkeit zur Entwicklung der lokalen Gevalten gegenüber der staatlichen Bureaucratie verleiht.

Dies handelt es sich, unter dem kräftigen Anstoß der demokratischen Kräfte, um eine kommunale Renaissance, die an die ruhmreichen italienischen Kommunen des Mittelalters erinnert. Bis heute sind 350 Stadträte der Liga beigetreten. Es ist dies noch nicht viel, aber doch schon ein hübscher Anfang für einen ersten Versuch, zumal die von den Socialisten auf dem Kongreß zu Mantua vorbereitete Agitation von den Reactionären als unsterblich hingestellt und eine entgegengekehrte Agitation entfaltet wurde, die darauf hinausläuft, daß die Regierung feudale Rechte gegenüber den italienischen Kommunen ansähen solle.

Weiter befähigten sich die bürgerlichen Journale mit dem Unterfangen eines Priesters, der die Pannische aus Rom auf sein Haupt heraufgefordert hat, weil er seine Schafe aus Robecco d'Orto aufgefressen hat, für den Regierungskandidaten gegen den Socialisten Vissolati zu stimmen. Der Priester Don Balbovi ist nach Rom zur Vernehmung gefordert worden, damit er Erklärungen für seinen Ungehorsam gegenüber dem päpstlichen Verbot abgibt. Und er hat von dem ruflosen Gebahren des Socialismus auf dem Lande gesprochen, von der Verderbtheit der Sitten, vom Schwenden des Glaubens, von den zunehmenden Gefahren und der Notwendigkeit, mit allen Ordnungselementen zusammenzuarbeiten — das heißt also Verteidigung des Vortums der Landleute für den Regierungskandidaten zur Rettung des Vaterlands.

Aud der heilige Vater, der in diesen Tagen selbst den Priestern empfohlen hat, der socialistischen Propaganda unter den nach der Schweiz, Frankreich und Deutschland wandernden Arbeitern entgegen zu treten, hat dem Vater Balbovi Absolution erteilt; denn, sagte er, wenn die Handlung des Don Balbovi der Stein ist, der vom Verge sich löst und die Lawine bildet, so gehebe Gottes Wille. Natürlich sehen die Regierung-Journale in diesen Worten das Ende des Wahlverbots, wenn auch vielleicht nicht von Leo XIII. unterzeichnet, so doch sicher von seinem Nachfolger; sie hoffen, eine Anzahl von wählenden Schafen zu gewinnen, und obwohl sich gezeigt hat, daß die Bahimacht der Klerikalen viel schwächer ist, als man glaubte, preisen sie mit lautem Geschrei die mutige erlöschende That dieses Don Balbovi...

Der Preis des Brotes steigt, und wie denkt die Regierung dem anders, als mit Herabsetzung des Zolls auf Getreide entgegenzutreten? Sie will eine bestimmte Menge Getreide bei den Käufern zum Tagespreis von 180 Kr. pro Centner festsetzen, unter der Bedingung, diese zu erhalten zu können, wenn sie für den Verkauf an das Publikum wünscht. Das heißt aber, sie drückt nicht den hohen Preis des Getreides herunter, sondern sie begünstigt im Gegenteil die Speculanten. Denn diese laufen das Getreide zu Tagespreisen, um es später an die Regierung abzugeben und den Ueberfluß in ihre Taschen zu stecken; außerdem aber laufen sie das Getreide wucherisch auf, um den Preis in die Höhe zu treiben und die Regierung zu zwingen, das bestimmte Quantum abzunehmen.

Und dabei ist die Ursache der blutigen Tage vom Mai 1898 der hohe Preis des Brotes gewesen und die Weigerung der Regierung, den staatlichen und kommunalen Zoll aufzuheben!

Die Gesandten leben!

Alle die Schauermärchen über den Untergang der Fremden, die englische Blätter bis in alle greulichsten Einzelheiten ausmalen, diese Schilderungen von unerhörten Greueln der gelben Bestien, haben sich nun — woran wir nie gezweifelt haben — als erfunden herausgestellt; denn die Gesandten — was allerdings bisher nicht glaubhaft nachgewiesen war — leben in thatsächlich, mit Ausnahme des Herrn v. Ketteler. Die chinesischen „Lügen“ der letzten Woche haben sich als wahr erwiesen. Am 21. Juli sind die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft noch am Leben gewesen, das ist durch einen eigenhändigen Brief des deutschen Gesandtschaftssekretärs in Peking erwiesen. Seit dem 16. Juli ist der Angriff auf die Gesandtschaft überhaupt eingestellt worden. Die amerikanische „Leichtgläubigkeit“ hat sich also als berechtigt erwiesen.

Wenn die chinesische Diplomatie bisher kein authentisches Lebenszeichen hat passieren lassen, so wurde sie offenbar von dem Erwägen geleitet, die Mächte hinzuhalten, um in aller Ruhe die Vorbereitungen

des Abwehrkriegs zu vollenden. Außerdem hoffte sie — und zwar mit Recht — auf das zunehmende Zerwürfnis der Mächte der Civilisation untereinander.

Die Nachricht, daß die Gesandten am Leben sind, bildet die schneidende Antwort der Thatfachen auf die letzte Rede des Kaisers. Kein Zweifel, daß, wenn sich für alle Gesandten die Möglichkeit der chinesischen Meldungen bestätigt, ein Teil der Mächte sich von dem chinesischen Abenteuer völlig loslöst. Deutschland, das sich am weitesten und am unvorsichtigsten exponiert hat, wird bald ziemlich isoliert dastehen; und da es gegen den Willen von Amerika, England und Japan nicht vorgehen kann, es müßte dem den Mut des Va-banque-Spielers haben, so wird das Risiko des Reichs sehr groß sein und auf die bisherige Machtstellung in Europa bedenklich zurückwirken.

Ob die Chinesen die Gesandten als Geiseln bewahren, steht noch nicht ganz fest. Daß China ernstlich bereit ist, es auf einen Entscheidungslampf um seine Unabhängigkeit ankommen zu lassen, ist nicht zu bezweifeln. Es ist ja nicht eigentlich ein Krieg gegen die Fremden, sondern gegen die fremden Herren!

Ein Lebenszeichen.

Der deutsche Konsul in Tientsin telegraphiert unter dem 28. Juli: Unter dem 21. Juli schreibt der erste Sekretär bei der Gesandtschaft in Peking, Herr von Below: Dank für Nachricht vom 19. ds. Cordes befindet sich befriedigend, die übrigen Mitglieder der Gesandtschaft sind wohl. Das Detachement hat 10 Tote und 14 Verwundete. Die Häuser der Gesandtschaft sind durch Geschützfeuer stark beschädigt, werden aber von uns gehalten. Seit dem 16. ist der Angriff der chinesischen Truppen auf uns eingestellt. Mit Berlin ist keine Verbindung. Es ist dringend nötig, daß die Entschaffungen schleunigst vorrücken. Gutem Vernehmen nach ist die Leiche des Freiherrn von Ketteler von der chinesischen Regierung geborgen.

Der deutsche Konsul in Tschifu meldet telegraphisch vom 27. Juli:

Nach einer Drahtmeldung des Gouverneurs von Schantung an mich, ist meine Depesche an unsere Gesandtschaft in Peking am 22. Juli befördert worden. Ferner telegraphiert der Gouverneur an das hiesige Konsulatscorps, daß nach einem kaiserlichen Edikt vom 24. Juli mit Ausnahme des deutschen Vertreters alle Gesandten unterzucht, auch mit Lebensmitteln versehen seien. Eine dritte Depesche des Gouverneurs an das Konsulatscorps meldet die Weiterbeförderung eines Telegramms der Admirale vor Zahn an die Gesandtschaften in Peking. In diesem Telegramm werden die Gesandtschaften gebeten, direkte Nachrichten mit fliegendem Courier zu senden.

Nach chinesischen Meldungen wurde am 8. Juli die englische Gesandtschaft von Truppen Lungfuhang angegriffen, der Angriff aber erfolgreich abgeschlagen. Lungfuhang wird auch von den Truppen des Prinzen Ching belagert. Gegenwärtiger Aufenthaltsort der Europäer ist die dicht bei dem Kaiserpalast gelegene Peking-Kathedrale. Der Palast selbst wird ebenfalls von den Empörern belagert. Die verwüstete Altstadt von Peking ist eng umzingelt. Das große Einschließungsheer besteht aus Bogern und chinesischen Truppen.

Ferner wird aus Tientsin gemeldet: Vergangene Nacht kam der Bote eines hiesigen amerikanischen Missionars von Peking zurück mit der Meldung, die Gesandtschaften seien vom 15. bis 18. Juli nicht beschossen worden. Die Kaiserin-Witwe habe schon lange durch Edikt befohlen, das Bombardement völlig einzustellen.

Der „New York Herald“ veröffentlicht ein Telegramm aus Tientsin vom 27. Juli, welches besagt, daß der japanische Konsul in Tientsin am 15. d. M. einen Läufer nach Peking geschickt habe. Dieser habe am 19. Juli Peking wieder verlassen und ein überbrachtes, an die japanische Regierung gerichtetes Telegramm überbracht. In diesem Telegramm heiße es: Wir verteidigen uns weder gegen die Chinesen. Der Angriff hat jetzt aufgehört. Wir werden bis Ende des Monats aushalten, obwohl das keine leichte Aufgabe sein wird. Die japanischen Verluste sind folgende: Tot find: Gesandtschafts-Attache Kozima, ein Kapitän, ein Dolmetscher, ein Feldwebel und eine kleine Anzahl von Marinevolk. Schwererwundet sind 5 oder 6, leicht verwundet eine große Anzahl. Das Telegramm erwähnt die übrigen Gesandten nicht.

Alle diese Nachrichten stimmen, wie man sieht, gut zusammen und bestätigen und ergänzen einander. Um so weniger glaubhaft sind englische Sensationsmeldungen, die, wie immer, keine sichere Quelle angeben, daß alle Fremden in Peking massakriert wurden, ausgenommen wenige Gesandtschaftsmitglieder, die als Geiseln gefangen gehalten werden, um den Vormarsch auf Peking zu verhindern.

Chinesische Pläne.

Der „New York Herald“ meldet, es sei in Washington von Shanghai die Nachricht eingetroffen, daß Li-Hung-Tschang ein vom 24. Juli datiertes Edikt erhalten habe, in welchem erklärt wird, die chinesische Regierung beabsichtige die fremden Minister als Geiseln zurückzuhalten, und gleichzeitig Li-Hung-Tschang der Befehl gegeben wird, eiligst nach Peking zu kommen, um den Oberbefehl der kaiserlichen Truppen gegen die fremden Truppen zu übernehmen.

Li-Hung-Tschang, einer der wildesten Fremdenhasser, nähert sich nach einer „Times“-Meldung mit starker Truppenmacht Peking. Lu-Chuan-Lin, Gouverneur von Kiangsu, verließ Yangtse-Chiang mit vielen wohlbewaffneten Truppen ebenfalls nach Peking.

Nach diesen Meldungen darf man annehmen, daß die Chinesen alles aufbieten, um einen Vormarsch der fremden Truppen nach Peking zu verhindern.

Ausbreitung des Aufstands.

Berichte aus den Jiangse-Provinzen melden umfassende militärische Vorbereitungen der chinesischen Autoritäten. Aus dem Shonghaier Arsenal wurden nach Kanling und den andern Orten des Flusses große Mengen von Kanonen und Munition verladen.

Die Konsuln in Shanghai beschloßen, ihren Regierungen Vorstellungen zu machen, daß die Situation eine militärische Schutzmacht in Shanghai notwendig erscheinen lasse.

Der „Express“ meldet ein neues kaiserliches Edikt an die Bischofs- und Gouverneure, mit allen Mitteln den Vormarsch der verbündeten Truppen am Yangtsekiang zu verhindern. Keinem Fremden solle erlaubt werden, sich aus dem Inland nach der Küste zu entfernen.

In Peking, die aus Wutschow eingetroffen sind, wird gemeldet, daß in der Stadt fremde feindliche Plakate angeschlagen worden sind. Kanton ist ruhig.

In Wutschow in der Nähe von Hang-tschou sind neun englische Missionare ermordet worden.

Einen aus Shanghai in Tokio eingetroffenen Telegramm zufolge verläutet dort, daß die fremden Missionare und eingeborenen Christen bei Pao-tung von den Bogern am 8. Juli angegriffen wurden. Ein fremder Arzt (dessen Nationalität unbekannt ist) sowie über 2000 eingeborene Christen wurden niedergemetzelt und alle ihre Häuser zerstört. Weiter heißt es, daß der chinesische General Li-Hoeh, der jetzt nach Peking marschiert, den unter seinem Kommando stehenden Soldaten den Befehl gegeben habe, alle Christen, die sie antreffen, zu töten. Ein französischer Vater und 2-3000 eingeborene Christen seien bereits von ihnen niedergemetzelt worden. Man befürchtet jetzt allgemein, daß durch die Ankunft dieses chinesischen Generals mit seinen Soldaten in Peking die Gefahr noch gesteigert und die Lage sich dort noch kritischer gestalten werde.

Diese japanischen Sensationsmeldungen gleichen auffällig den englischen.

Der Vormarsch auf Peking.

Eine russische Meldung aus Port Arthur vom 25. Juli besagt: Viceadmiral Alexejew hatte mehrere Male eine Beratung mit den Oberbefehlshabern der verschiedenen Truppen bezüglich der Verwaltung der Stadt Tientsin, die jetzt völlig geregelt ist. Die beschädigten Forts und Kasernen von Tientsin werden schnell wiederhergestellt. Die chinesischen Truppen stehen in drei Lagern, um den Vormarsch der verbündeten Truppen gegen Peking zu verhindern. Die Frage bezüglich der weiteren Operationen gegen Peking wird in dieser Woche entschieden werden. General Kowalewitsch ist in Port Arthur angekommen, sein Detachement wird in der Mandchurie operieren.

Die Europäer in Tientsin.

Englische Blätter bringen fortgesetzt Einzelheiten über die Plünderung Tientsins, die bisher — trotz des telegraphischen Verkehrs mit Tientsin — amtlich nicht dementiert worden sind.

In einem Shanghaier Telegramm der „Daily Mail“ wird behauptet, die Eingebornenstadt von Tientsin wurde nach ihrer Einnahme geplündert. Die Staatsmagazine sollen mehr als 600 Tonnen Silber enthalten haben. Reiche Stidereien, kostspielige Pelze, Juwelen, Seidenstoffe, Goldbarren, Zieraten und Kuriositäten lagern im Straßensamung. Tausende von Leichen, etliche von ihnen verstümmelt, blieben in der Sonne liegen, der Gestank war schrecklich, das Gemehel war fürchterlich. Am gräßlichsten war das Blutbad in den von den Russen angegriffenen Stadtvierteln. Sie gaben keinen Pardon und Rauben alles ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht nieder. Alle Lebensmittel in Tientsin sind enorm teuer, Brot ist um seinen Preis zu erlangen.

Ein Glaubuch.

Am Sonnabend wurde, wie aus London gemeldet wird, ein Glaubuch über China veröffentlicht, das eine ausführliche Darstellung über die gesamten Vorgänge in Peking sowie die diplomatischen Verhandlungen Englands mit Japan giebt, das indes wenig Neues enthält. Am 26. Mai fand eine Beratung der Gesandten in Peking statt. Da die chinesischen Soldaten, die gegen die Voger entsandt worden waren, mit diesen fraternisiert hatten, statt sie niederzuwerfen, machte man der Regierung ernstliche Vorstellungen. Der englische Gesandte Macdonald speziell hatte eine Unterredung mit dem Prinzen Tsching über das Unschickliche der Bewegung und die unbescheidende Antwort des Tsching-li-Hamen. Prinz Tsching beteuerte, daß die Gesandten des Saundes der Regierung sicher seien und die Voger als Feinde des Landes angesehen würden.

Der chinesische Gesandte Lofengluh übergab am 11. Juli eine Depesche des Kaisers von China vom 3. Juli an die Königin von England, in welcher der Kaiser in ähnlichen Ausdrücken wie bei Mac Kinley und europäischen Souveränen um die guten Dienste Englands zur Verfolgung der Schwierigkeiten mit den übrigen Vertragsmächten bittet. Am 4. Juli telegraphierte Lord Salisbury an den englischen Geschäftsträger Whitehead zu Tokio, wies, wie bereits Seymour am 30. Juni es gethan, darauf hin, daß die Lage in Peking eine verzweifelte sei, und gab ihm Befehl, dies den japanischen Ministern mitzuteilen und zu sagen, Japan sei die einzige Macht, welche im stande sei, rasch Verstärkungen nach Tientsin zu entsenden. Keine europäische Macht widerstehe sich dieser Maßnahme. Whitehead antwortete am 5. Juli, Japan sei der Ansicht, daß alle Mächte in Meinungsunterschied treten müßten in Bezug auf gemeinsame Maßregeln. Japan sei bereit, eine größere Truppenmacht abzuschicken, wenn es die Zusicherung erhalte, daß es vor Kompensationen geschützt und für seine Aufwendungen an Geld und Mannschaften entsprechend entschädigt werden solle. Am 6. Juli telegraphierte Salisbury an Whitehead, auf Japan werde eine schwere Verantwortung lasten, wenn es sein Vorgehen verzögere. Die internationalen Verhandlungen verursachen eine verhängnisvolle Verzögerung. Deshalb sei England bereit, die finanzielle Verantwortlichkeit für die Aktion Japans zu übernehmen. Salisbury machte einen scharfen Unterschied zwischen Maßnahmen, welche unmittelbar zum Zweck der Rettung der Gesandtschaften nötig seien und zwischen weitergehenden Schritten; alle Fragen betreffend die letzteren müßten einer späteren Erwägung überlassen bleiben. Whitehead erwiderte am 6. Juli, Japan werde Verstärkungen entsenden.

Das Glaubuch bezieht sich hierauf die wichtigen Verhandlungen, welche England mit den europäischen Mächten in bezug auf die japanische Aktion geführt hat. Deutschland nahm die Stellung ein, es dürfe nichts geschehen, was das Einvernehmen der Mächte gefährden könne. Japan bestand darauf, es müsse ihm zugesichert werden, daß sein Eingreifen nicht zu einem Zusammenstoß mit Rußland führen werde. Rußland erklärte am 28. Juni, es habe nicht die Absicht, die Aktionsfreiheit Japans zu behindern insbesondere nach dessen Erklärung, daß es die Absicht habe, sein Vorgehen mit dem der anderen Mächte in Einklang zu bringen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Juli.

Pardon wird nicht gegeben!

Das allgemeine Erstaunen über die Aufforderung des Kaisers, in China keinen Pardon zu geben und jeden Chinesen, der den deutschen Soldaten in die Hände fällt, als dem Schwert verfallen zu betrachten, — das Erstaunen hierüber wäre vielleicht geringer gewesen, wenn man sich erinnert hätte, daß auch in früheren Reden des Kaisers das Motiv der rücksichtslosen Bestrafung, der Ausrottung, der Verschmetterung vielfach anklingt. Wir citieren einige Stellen aus kaiserlichen Reden. Schon im ersten Jahre nach seinem Regierungsantritt sagte er beim Empfang der Bergmannsdeputation aus der Rheinprovinz:

Merke ich daher, daß sich socialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichen Widerstand ansetzen, so würde ich mit unachtsamlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht — und die ich eine große — zur Anwendung bringen.

Auf dem Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtags im Jahre 1890 erklärte der Kaiser:

Ich gedenke nach Kräften mit dem Pflunde so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien. Diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich.

Bei der Rekrutenbereidigung 1891 sagte der Kaiser die so bekannt gewordenen Worte:

Ihr habt mir den Treueid geleistet, das heißt, Euch gilt von nun an nur ein Befehl, und das ist mein allerhöchster Befehl. Ihr habt nur einen Feind, und das ist mein Feind. Und müßt ihr Euch einst vielleicht — Gott wolle es verhüten — dazu berufen, auf Eure eignen Verwandten, ja, Geschwister und Eltern zu schießen, so denkt an Euren Eid!

Bei der Lanse des Panzerkreuzers „Heimdal“ 1892 sagte der Kaiser: Wenn Du dereinst zum Kampf berufen sein wirst, so bringe auch Verhör und Verwundung in die Reihen Deiner Feinde! In der bekannten Wiefelder Kaiserrede vom Jahr 1897 heißt es:

Schug der nationalen Arbeit aller Produktionsstände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes. Und die schwerste Strafe dem,

der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.

Denselben Ton schlug der Kaiser ein Jahr später an, als er in einem Trinkspruch zu Oeynhausens sagte:

Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volkvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.

Beim Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtags 1899 sagte der Kaiser:

Die Reize an die gelobten Stätten und die heiligen Orte wird mir behilflich sein, um diesen Baum (die deutsche Reichsheide) zu beschützen und zu fördern und zu pflegen, wie ein guter Gärtner die Zweige zurückzuschneiden, die überflüssig sind, auf die Tiere zu gehen, die seine Wurzeln benagen wollen, um sie auszurotten.

Dem allen schließt sich die Pardonverweigerungs-Rede ganz folgerichtig an. —

Umsturzdelirien.

Die Scharfmacherpresse bekommt es fertig, auch die Ermordung des Königs Humbert zum Anlaß einer neuen Umsturzbege zu machen — und dies in einem Augenblick, wo einzig und allein die Socialdemokratie, die von allen bürgerlichen Parteien geforderte und geförderte Gewaltpolitik grundsätzlich bekämpft. Die gelbe Gefahr erscheint den um ihren Profit hangenden Unternehmern plötzlich doch wieder weit geringfügiger als die brennende rote Gefahr. Die Kultur des Kapitalismus soll jetzt wieder dem inneren Feind eingeschossen werden.

Auch wer gegenüber den Gemeinheiten der Scharfmacher-Presse längst abgehärtet ist, erschrickt doch über den Grad sittlicher Verwilderung und intellektuellen Arretinismus, daß diese Federbravi, die in den Vorstellungen von Massenmordeleien gegenwärtig schweigen, gerade jetzt es wagen, der Socialdemokratie die Schuld an Gewalttaten beizumessen. Hören wir diese Sippstift.

Die „Kreuz-Zeitung“ erinnert daran, daß der Mailänder Stadtrat kürzlich dem vorbereitenden König Humbert eine Begrüßung verweigert hat und schließt daraus:

„Sogenannte Anarchisten werden dem Mailänder Gemeinderat wohl ebenso wenig angehören, wie dem Berliner Stadtparlament. Die Herren, die jenen schmachtvollen Beschluß durchgeführt haben, sind vielmehr sicherlich Gesinnungsgenossen unserer Bedel, Liebsteht und Singer. Der Magistrat, der dem Staatsoberhaupt einen derartigen Affront zuzufügen wagt, trifft aber trotzdem mit die ganze Schwere der Verantwortung für das schenliche Verbrechen.“

Die Ablehnung einer politischen Ovation und ein Mord ist also für das Blatt identisch. Gut, daß auf die Kinder des Regenten von Lippe bisher kein Attentat verübt worden ist, sonst hätte die „Kreuzzeitungs“-Logik einen Zusammenhang zwischen solchen Verbrechen und der bekannten Verweigerung des Grußes durch den Korpskommandanten festhalten müssen. Uebrigens ist der Mailänder Gemeinderat nicht anarchisch und nicht socialistisch, sondern radikal.

Auch die „Berliner Neueste Nachrichten“, die im übrigen, wie auch Schweinburg, nach einer internationalen Anarchistenhege schreien, finden es charakteristisch, „daß vor wenigen Tagen der socialistische Stadtrat in Mailand entgegen früherer Uebung beschloß, König Humbert auf der Durchreise nicht mehr zu begrüßen. Die Socialdemokratie untergräbt die monarchischen Einrichtungen, und das Produkt der Socialdemokratie, ihre Konsequenz, der Anarchismus, mordet offen und chynisch.“

Befanntlich ist der Anarchismus das Produkt und die Konsequenz der Schweinburgerei.

Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ macht gleichfalls die Socialdemokratie verantwortlich und der frumbe „Reichshote“ jammert:

„Was die Socialdemokratie zu dem neuen Mordfall sagen wird, wissen wir im voraus. Ihn als Spitzelerfindung angesichts des furchtbaren Erfolgs hinzustellen, geht nicht gut, aber der Mörder wird als abnorm, als geisteskrank hingestellt werden. Vor allem aber wird das alte Repertoire hervorgeholt. Anarchismus und Socialismus als angebliche Gegenläufe auszugeben.“

Das wird dem „Vorwärts“ auch diesmal wenig helfen. Denn in der Hauptsache — in dem Maß gegen die bestehende Gesellschaft, in dem Streben, dieselbe unzugänglich zu machen, alles Bestehenden, mitamt der Religion, der christlichen Sittlichkeit und Weltanschauung — sind Socialdemokratie und Anarchismus völlig einig. Nur über die Methode des Umsturzes und über das, was an die Stelle des Bestehenden zu setzen ist, sind sie verschiedener Meinung.“

Religion — christliche Weltanschauung — da sind also letzten Endes wohl die liberalen Professoren und die Goethebündler an dem Attentat schuld!

Deutsches Reich.

Wie China „Freiwillige“ präpariert werden. Immer neue Dokumente dafür, wie manchen Maki-Eingekleideten die Rachebegeisterung gegen die gelben Wesien suggeriert worden ist, werden zu Tage gefördert. Sehr interessant ist nach dieser Richtung hin ein Soldatenbrief, der unserem Straßburger Patten-Organ auf den Redaktionstisch geflossen ist. Der Brief lautet:

Liebe Eltern und Geschwister!
Ich muß euch noch einmal schreiben, weil ich auf meinen letzten Brief keine Antwort erhalten habe. Liebe Eltern es sieht mit uns hier schlecht aus. Heute den 11. haben wir dreimal Bataillons-Appell gehabt wegen China, es haben sich erst 30 Mann freiwillig gemeldet, worunter sich 6 Offiziere befinden, es wurde heute bei jedem Appell vorgelesen, daß sich sämtliche Reichsländer besinnen sollten, ehe sie dazu gezwungen werden, denn 30 Mann sind noch nicht genug, es müßten mindestens 50 Mann sein zur ersten Beförderung, dieselben werden eingeteilt, 26 Mann als Brücken-Train, 15 Mann Feldbäckerei-Kolonnen, 15 Mann Sanitäts-Kompagnie, es handelt sich jetzt noch um 26 Mann, welche am nächsten Montag ausgelost werden, es haben sich von unserer Compagnie 4 Unteroffiziere und 1 Offizier gemeldet, unser Rittmeister hat mich heute schon vorgehabt, warum daß ich mich nicht gemeldet habe, da doch alle meine Landleute vom Bataillon sich freiwillig gemeldet haben, wenn es am Montag auf ihn ankommt, sehen wir uns nicht wieder. Am 19. Juli geht das Unteruchen in Berlin los, und von dort geht es dann weiter, auf Urlaub darf keiner mehr fahren. Liebe Eltern, das ganze Bataillon ist durch einander, das könnt ihr euch denken. Dienst haben wir weiter keinen mehr, als Unterricht und Zielübungen und Gieße haben. Liebe Mutter Du brauchst Dir weiter keine Gedanken machen, denn freiwillig melde ich mich nicht, und wenn mich das Los trifft, dann kann ich es auch nicht ändern. Liebe Mutter, die Tante Marie hat mir auch geschrieben,

ich habe ihr gleich geschrieben, daß ich wahrscheinlich fort dann schreibe Sie, sie wollte mich am Sonntag besuchen.

Liebe Eltern sollte etwas Vorkommen über die Tage, schreibe ich sofort, denn man muß immer bereit sein.

Ich grüße und küsse euch alle euer G.

Begeisterung für die Kulturmission in China atmet dieser briefliche Stoßfeuer gerade nicht. —

Die württembergische China-Parole. In dem Kirchengebet, das der König von Württemberg für die nach China ausziehenden württembergischen Truppen angeordnet hat, heißt es: „Laß sie vollbringen, wozu sie gesandt sind. Behre dem Blutvergießen und gieb' Frieden allenthalben und auf allerlei Weise.“

Die Feststellung der Kaiserrede. Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, der die Kaiser-Rede unmittelbar nachdem sie gehalten war, abtelegraphieren wollte, erhielt das Manuskript nach einer Stunde zurück und zwar, wie ihm mitgeteilt wurde, auf Befehl des Grafen v. Löw. Inzwischen war aber die Rede in dem Bremerhavener Blatt publiziert worden und zwar auch die Stellen, die der offiziöse Telegraph erst in einem Nachtrag veröffentlichte. Nachdem nunmehr die vorher von der Veröffentlichung ausgeschlossen Sätze der Kaiserrede in der Öffentlichkeit gedrungen waren, hat nachträglich auch das offiziöse „Wolffsche Bureau“ die vorher unterdrückten Sätze veröffentlicht.

Die Bremer Filiale des offiziösen „Wolffschen Telegraphenbureaus“ hat auch die von der Berliner Redaktion des „Wolffschen Bureaus“ nicht mitgeteilten Ausführungen über König Engel und die Hunnen weiter verbreitet.

So ist also auch die schärfste Lesart authentisch!

Bayerische Stimmungen. Der Dr. Sigl kennt die Stimmung der kleinen Leute, für die er schreibt und deshalb verlohnen einige Sätze aus dem „Bayr. Vaterland“ die Wiedergabe. Wir geben nicht die stärksten, sondern die schwächsten Stellen wieder:

Vor ungefähr einem Vierteljahr haben wir den bayerischen Bayern im Vaterland vorangefagt, daß infolge des unangesehnen Volksverrats des Centrums, das mit seinem Marinismus den Weltmachtskoller nur noch mehr aufstachelte, der Tag kommen würde, wo die bayerischen Bauern ihre Söhne als Soldaten über das weite Meer in fremde Länder schicken müßten. Jetzt schon ist diese Prophezeiung erfüllt: 918 Bayern schwimmen bereits auf dem Meere nach China und in Wäde werden ihnen weitere 800 folgen. Von diesen 918 Bayern sind mindestens 600 Bauernsöhne oder Knechte, also auch Euren Reihern, Ihr Bauern.

Und wozu fahren diese Soldaten nach China? Nur um die dortigen Bauern niederzuwerfen, die sich ihr bißchen Habe von den nimmermatten europäischen Spekulanten, die partout Großes leisten wollen, ohne den dazu nötigen Spiritus auch nur entfernt zu besitzen, doch nicht so gütwillig nehmen lassen. Die Chinesen sind arme Bauern, jeder Fuß ihrer Acker ist ihnen nötig zum Leben und heilig als ererbtes Gut. Und da kamen die Ingenieure der europäischen und amerikanischen Kolonialspekulanten und nahmen den armen chinesischen Bauern ihr Land, um darauf Eisenbahnen, Wärdhäuser und Wohnhöfe zu bauen. Und weiter kamen die „knechtigen“ fremdländischen Militärs und ließen die Chinesen, die ihnen nicht gleich zu Willen waren, prügeln wie die Hunde.

Bauern, hört, liehet Ihr Euch Eure Felder von fremden Leuten einfach räumen, liehet Ihr Euch so mit nichts die nichts besitzen? . . .

Gegen die, wie wir sahen, auf das Neueste gereizten Chinesen müssen also Eure Söhne marschieren. Wie viele von ihnen wiederkehren, wie viele von ihnen den sicheren Kugeln der Chinesen zum Opfer fallen, und wie viele von ihnen unter den Messern der Voger verbluten werden, weiß nur der Himmel.

Und dann heißt es weiter:

„Und wen müßt Ihr Bauern für Eure in China sterbenden Söhne verantwortlich machen? Vor allem haltet Euch an das Centrum! Hätte das Centrum nicht Marinevorlage auf Marinevorlage bewilligt, hätte es nicht Befehl geflatscht zur Berliner „Weltpolitik“, so würde jetzt in China kein deutsches und also auch kein bayerisches Blut fließen. Dann wäre auch die Pachtung“ in Kantschun, die nachgewiesenermaßen dem Maß den Boden ausschlug, unterblieben. Und auch jetzt hat die Reichsleitung sich der Zustimmung des Centrums verächtlich, denn andernfalls würde die Reichsleitung doch etwas vorsichtiger sein. So hat das Centrum für das in China vergossene deutsche Blut zu haften und zwar noch mehr als die Reichsleitung selbst.“

Katzenlich werden die Centrumsdammer sich auf den Schuy der Mission hinausreden. Aber glaubt es nicht, Bauern, es ist dies echter Centrumschwandel. Der Missionar soll sich nicht mit Bonnetten schämen, sondern durch die Erbdenheit seiner Lehre, durch seine eigne Person, die den Heiden als etwas Höheres erscheinen muß. Und fällt er democh, so ist er ein Märtyrer seines Glaubens. Märtyrer aber schreien nach Rache. —

Heber „das Erwachen Chinas“ und seine geistige Hebung in den letzten Jahren berichtet unser Bruderorgan, die „New Yorker Volkszeitung“, in ihrem Wochenblatt, dem „Vorwärts“, vom 7. Juli in einem längeren Artikel mancher Interessante. Wir wollen hier nur eine besonders bemerkenswerte Stelle wiedergeben:

„Prof. Robert H. Douglas, der lange Zeit im Konsulardienst in China stand und jetzt Professor am Kings College in London ist, berichtet, daß die englische Gesellschaft zur Verbreitung allgemeiner Wissenschaften in den letzten Jahren 120 ausgewählte Werke über Geschichte, Geographie und Naturwissenschaften ins Chinesische übersetzen ließ. Sie schenkt die Bücher nicht fort, sondern verkauft sie. Und eine ganz außerordentliche Nachfrage nach ihnen hat sich entwickelt. Vor dem Krieg mit Japan verlor sie in einem Jahre für 817 Dollar, im Jahre 1898 aber für 18457 Dollar. Von Madagjes Geschichte des 19. Jahrhunderts wurden binnen 14 Tagen 4000 Stück verkauft. Das wäre wahrscheinlich in einem großen „civilisierten“ Lande nicht möglich gewesen. Einen Schuß gegen Reichdruck giebt es in China nicht und so sind diese Werke dort noch stark vervielfältigt worden. Reisende in China berichten, tief im Innern der Provinzen gefunden zu haben, welche über die neuesten Erfindungen in Europa und Amerika informiert waren und die politische Geschichte des Abendlandes ganz gut kennen. Ein weiteres Symptom des Erwachens Chinas ist die Thatfache, daß die Zahl der Zeitungen in China von 19 im Jahre 1895 auf 80 im Jahre 1898 gestiegen ist.“ —

Regelrechte Volkstötter durch Großkaufleute. Sehr beachtenswert für Leute, die den von Arbeitern ausgehenden Vohrott nicht streng genug zu brandmarken wissen, ist der folgende Fall. Die Wolstoff-Fabrikanten des M.-Glabbacher Bezirks hatten sich zusammengesetzt, um eine bessere Regelung des Zahlungswesens zu erzielen. Die Vereinigung sandte ihren Manden ein Rundschreiben, in welchem die neuen Bedingungen mitgeteilt wurden. In Berlin, Breslau und Stettin fanden Protestversammlungen dagegen statt, und es ist jetzt zu einer Volkstötter der Mitglieder der M.-Glabbacher Vereinigung der Quacksalber, Kammergarn- und Cheviotfabrikanten gekommen. Eine große Zahl von Konfessionären hat sich durch Unterschift verpflichtet, vorläufig bis 1. Juli 1901 keine Ware mehr bei Mitgliedern der M.-Glabbacher Vereinigung zu kaufen. In jedem Uebertretungsfalle ist eine Strafe von 200 M. zu zahlen. Wenn die Arbeiter irgend einen Unternehmer boykottieren — ohne sich Konventionalstrafen auferlegen, sondern nur an das Solidaritätsgefühl der Klassenangehörigen appellierend — dann möchte man sie am liebsten ins Zuchthaus sperren. —

Geschichtliche Worte erfüllen sich oft in recht fessamer Weise. Das preussisch-deutsche Reich zum Beispiel wird bekanntlich für die Verwirklichung des Wortes vom „einigen und freien Deutschland“ ausgegeben. Ebenso wunderbar ist das Schicksal eines Wortes, das vor jetzt 52 Jahren aufsprang. Es war während der Juni-Revolution in Paris im Jahre 1848, als von einem Socialisten-freier das Wort geprägt wurde: „Die Socialisten sind die Herren der Zukunft.“ Die Socialisten haben das Wort „Lüge“ gestraft; jetzt aber nach mehr als einem halben Jahrhundert sind die Herren der Zukunft wieder auf die politische Bühne gerufen worden. Jedoch sind es nicht mehr die Socialisten, welche die Rolle der Herren heute spielen sollen, sondern die Deutschen. —

Wegen wiederholter öffentlicher Beleidigung der Gerichts- und Staatsanwaltschafts-Behörden durch ihre Kommissar-Artikel ist gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ vom Landgericht I Berlin die Anklage erhoben worden. Sofern dieser Prozeß dazu beitragen könnte, in die dunkle Kontige Affäre Licht zu bringen oder doch wenigstens die journalistische Gewissenhaftigkeit der „Staatsbürger-Zeitung“ zu beleuchten, könnten wir die Erhebung der Anklage verständlich finden; sofern man jedoch das Recht der freien Kritik durch die Presse zu garrontieren beabsichtigen sollte, müßten wir die Erhebung der Anklage lebhaft bedauern. Nicht durch gerichtliche Verurteilung, sondern nur durch Volksaufklärung wird die mittelalterliche Blutmäre beseitigt werden können. —

Der Kronprinz und das edle Waldwerk. Das Wolfische Depeschenbureau findet trotz seiner angestrengten Thätigkeit, die Welt über Kaiserreden, die chinesische Wirren, die ferbische Liebesromantik und den Boerenkrieg auf dem Laufenden zu erhalten, noch Zeit, Drahtmeldungen über den Auszug des Kronprinzen zur Verische zu bringen. Danach ist der Kronprinz am 30. Juli in Delo eingetroffen, um sich zur Ausübung des edlen Jagdports am 31. Juli nach Ludwigsdorf zu begeben. —

Vom Präsidium der Berliner Finken-schaft werden wir um Veröffentlichung folgender Zuschrift gebeten:

Die in Nr. 173 des „Vorwärts“ erwähnte Berliner Finken-schaft, in der Prof. v. Liszt einen Vortrag über „Gefängnis-arbeit“ hielt, ist, wie fälschlich angegeben wurde, kein Studenten-verein, sondern die Gesamtheit aller Studierenden, die keinem akademischen Verein angehören.

Ausland.

Frankreich.

Der Internationale Preßkongreß ist am 30. Juli in Paris zusammengetreten. Der Präsident des Kongresses, Chefredacteur Singer vom „Neuen Wiener Tageblatt“, eröffnete den Kongreß mit einer Ansprache, in der er die Notwendigkeit des internationalen Zusammengehens der Journalisten zur Verbesserung der Lage der im Dienst der Presse Stehenden betonte und Frankreich als das Land der Menschenfreiheit und die Quelle freier Ideen feierte. Wenn der Redner es als den Beruf der Presse bezeichnete, mit jedem Fortschritt zu gehen und die großen Ideen des Jahrhunderts zu demokratisieren, so dürfte er damit wohl den Zukunftsbefehl der Presse gemeint haben, denn vorläufig ist die Tochter der großen Erfindung Gutenberg dieses ihres Berufs sehr wenig eingedenk gewesen. —

Serbien.

Königliche und Minister-Kabale. Leicht ist es dem jungen Ferdinand-Alexander von Serbien nicht geworden, mit der Dame seiner Wahl in den Hofen der Verlobung einzulaufen. Nach den Meldungen eines in Hofkreisen besonders gut bedienten Blattes wäre dem jungen Serbentönig kein künftiges Gemahl beinahe per Schub über die Grenze speziert worden.

Zufällig, behauptet das Blatt, wären die früheren Minister bei Frau Maschin, um sie zur Verzichtleistung auf die Vermählung mit dem König zu bewegen. In die Enge getrieben, schwankte Frau Draga und gab halb und halb ihre Zustimmung, das Land zu verlassen. Dann telephonierte sie den Vorgesetzten dem König, der sofort einen Minister-rat berief und diesem seinen Entschluß, sich mit Frau Maschin zu verloben, mitteilte. Den Ministern fehlte die Energie, um gegen Frau Maschin so vorzugehen, wie es jetzt offiziell geschieht. Nur der vorgestern entlassene Polizeipräsident Bademlich erklärte sich bereit, nötigenfalls mit der Ausweisung gegen die Maschin vorzugehen, doch hatte der Minister des Innern nicht den Mut, eine solche Maßregel gut zu heißen.

Der Triumph der treuen Liebe ist inzwischen mit allem Fest-gepränge gefeiert worden.

Am Sonnabend, kurz nach 6 Uhr abends, fand die offizielle Verlobung des Königs Alexander in der festlich geschmückten Wohnung der Braut statt. Den Akt vollzog in Gegenwart des Metropolitens der Pfarrer des Kirchenprengels der Stadt. Anwesend waren der gesamte Hofstaat, sämtliche Minister mit ihren Damen, der Präsident der Skupschtina, Restorovitch, der Präsident des Staatsrats, Nicola Christitsch, und das diplomatische Corps. Abends fand ein Fackelzug statt.

Öffentlich vertragen sich Frau Raja und Herr Alexander besser miteinander als das erlauchte Ehepaar des königlichen Dräutigams. —

Afrika.

Einen großen Erfolg der Engländer meldet das Reutersche Bureau aus Kapstadt. Danach soll sich General Prinsloo mit 5000 Boeren bedingungslos ergeben haben. Wenn, wo und wann, wird nicht berichtet. Die Nachricht klingt zu günstig für die Situation der Engländer, als daß man ihr ohne weiteres Glauben schenken könnte. Auch ist nicht gut anzunehmen, daß man dem bisher so gut wie unbekanntem General Prinsloo das Kommando über 5000 Boeren anvertraut haben würde. Vielleicht sind ein oder zwei Nullen zuviel in das Telegramm hineingeraten.

Die weiteren Depeschen sind belanglos. Sie lauten: London, 29. Juli. Dem Reuterschen Bureau wird aus Druggsmit mit 28. d. M. gemeldet: French besetzte Mittelburg. Polcarevic kam mit der Gabelbrigade hier an.

London, 29. Juli. Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts vom 28. Juli besagt, daß, wie Wasser berichtet, der Posten an der Station Vlasta, in der Nacht vom 28. Juli zweimal angegriffen, der Feind aber zurückgetrieben wurde, ohne Schaden angerichtet zu haben. Des weiteren antwortet Roberts auf die Anfrage des Kriegs-anst, ob der Zug mit Walker-Füßleren, der kürzlich von den Boeren erobert wurde, derselbe sei, wie der Zug, über dessen Eroberung seitens der Boeren schon früher eine Meldung eingelaufen war, in dem sich aber angeblich Döschänder befanden hatten. Roberts teilt nun mit, daß nur ein Zug und zwar in der Nacht vom 21. Juli zwischen Koonstad und dem Baal erobert worden sei. Er habe Vorräte gefüllt und sei von 2 Offizieren und 100 Mann Walker-Füßleren begleitet gewesen. —

Partei-Nachrichten.

Herrn Buebs Revanche. In meinem Kaffee Bruderorgan lesen wir: Als gestern Abend kurz nach 5 Uhr unser Parteigenosse Emmel in seinem Geschäft in der Wäckerstraße zu Wälhausen mit Briefschreiben beschäftigt war, trat ein Herr in den Laden, der sich schnell ihm näherte. Emmel, der von seiner Beschäftigung nur halb aufgeschaukt hatte und es mit einem Kunden zu thun zu haben glaubte, trat zur Bedienung des Eintretenden mechanisch hinter den Ladentisch und bemerkte erst dann, daß er es mit Herrn B. Bueb, dem ehemaligen Reichstags-Abgeordneten von Wälhausen, zu thun hatte, der ihn unter lautem Geschrei und Geschimpfe fragte, ob es wahr sei, daß er gejagt, er (Bueb) habe kein Wort ehelos ge-sprochen. Emmel bejahte diese Frage, worauf sein Gegenüber, augenscheinlich seiner selbst nicht mehr mächtig, dreimal mit der Faust nach ihm schlug. Emmel, der auf einen solchen Ueberfall nicht gefaßt war, konnte den Hieben ausweichen, beim

dritten Schlag jedoch traf sein rasender Gegner in eine Glasscheibe des Ladentisches und verletzte sich anscheinend schwer an der Hand, denn er verließ schimpfend und fluchend den Laden, um sich in einem nahen Coiffeurgeschäft die stark blutende Hand verbinden zu lassen. Als er vom Barbier fortging, rief er laut einem Bekannten zu: „Ein Wälhäuser läßt sich von einem Schwab nicht sagen, er habe ehelos sein Wort gebrochen.“

Bueb hatte schon vorige Woche zu einem Bekannten Emmel geäußert, er werde Emmel für die gegen ihn gebrauchten Worte ohrfeigen. Es handelt sich hier also um den Versuch einer solchen ritterlichen Revanche für die öffentliche Kennzeichnung seiner Verräterei und Wortbrüchigkeit gegenüber der Partei.

Wie unser Parteigenosse Emmel uns mitteilt, wird er gegen Bueb Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung stellen.

Das war kein Meisterstreich, Oktavio!

Genosse Liebflecht sprach am Sonnabend im Trianon in Dresden, am Sonntag in dem benachbarten Fischgraben über Welt-politik und die Revolution in China. Die Versammlungen waren sehr zahlreich besucht. Insbesondere das Trianon wurde schon Stunden vor Beginn der Versammlung abgeperrt. Die Vorträge, die lebhaft und ungeteilte Zustimmung fanden, sind stenographiert und werden vom Verlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als Broschüre herausgegeben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die ausländischen Fliesenleger hielten gestern wieder eine Versammlung ab. Nach dem Bericht der Lokalkommission ist der Stand der Lohnbewegung unverändert. Von 100 Fliesenlegern arbeiten 12 zu den neuen Bedingungen, ca. 50 arbeiten als Maurer, 8 fungieren als „Arbeitswillige“, während alle übrigen Fliesenleger streiken, so daß die Arbeit bei den Firmen, welche die Forderungen nicht bewilligt haben, fast vollständig ruht. Die Unternehmer, die sich ja in einer nicht angenehmen Situation befinden, lassen bei allen Mitgliedern des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister „Schwarze Listen“ mit den Namen der Ausständigen einfließen und verlangen, daß die als Maurer beschäftigten Fliesenleger entlassen werden. Nach längerer Diskussion gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach bei denjenigen Fliesenleger-Unternehmern, welche nicht selbst mit Fliesen handeln resp. Vertretung für Fabriken haben, ebenfalls die Arbeit eingestellt werden muß. Außerdem wurde beschlossen, daß jeder an der Lohnbewegung beteiligte Fliesenleger verpflichtet ist, vor Annahme einer Arbeit, emerlei welcher Art, der Lokalkommission davon Mitteilung zu machen.

Die Hilfsarbeiter der Fliesenleger sind nun ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten und haben den Unternehmern die Forderungen, darunter 50 Pf. Stundenlohn, unterbreitet. Falls bis Mittwoch die Forderungen nicht bewilligt, so soll die Arbeit eingestellt werden. Die Fliesenleger erklärten sich mit den Hilfsarbeitern solidarisch und verpflichteten sich, für die Durchführung der Forderungen mit einzutreten.

Achtung, Stuccateure! Die Firma Schirmer, Schaperstraße ist wegen Differenzen gesperrt. Zugang ist streng fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Werftbesitzer haben, wie man uns aus Hamburg schreibt, am letzten Sonnabend keine weiteren Aus-sperungen vorgenommen, und das, trotzdem sich die Arbeiter des Aktien-Docks Sonnabendnacht arbeiten fertig zu stellen weigerten, die auf der Werft von Blohm u. Voß infolge der Aussperrung nicht fertiggestellt werden konnten. Die Aussperrung hat sich den Herren Werftbesitzern nämlich als eine sehr, sehr zweischneidige Waffe erwiesen. Trotzdem sie sich an alle deutschen Hafenstädte gewandt und Werbe-Agenten nach Holland und England geschickt hatten, haben sich „Arbeitswillige“ nicht finden lassen. Einmal machte das die Solidarität der Arbeiter, zum zweiten und hauptsächlich aber die gute Konjunktur im Schiffbau, die allen Werften alle Hände voll zu thun giebt. Es ist anders als beim Hafenarbeiter-Streik 1906. Die Arbeit der Schauerleute, des Hauptkontingents der damaligen Ausständigen, konnte zur Not unter der sachverständigen Leitung der Stauer und Bizen von den durch Werbengängen herbeigezogenen holsteinischen und medlen-burgischen Landarbeitern verrichtet werden; die Ewerfschiffer wurden durch Fißler der Weichsel und andre Binnenchiffer, deren Arbeit infolge des strengen Winters völlig ruhte, ersetzt, aber der gelehrte Werftarbeiter und Schiffbauer läßt sich so leicht nicht durch einen ungelehrten Arbeiter ersetzen. Das scheinen die Herren vom Arbeitgeber-Verband wenig in Berücksichtigung gezogen zu haben. Und, wie fama raunt, ist es am letzten Freitag in der Sitzung des Arbeitgeber-Verbands sehr heiß hergegangen. Die kleineren Werftbesitzer, die sich gegenwärtig an der Aussperrung beteiligen haben und nun all die schönen profitaiblen Arbeiten teils nicht übernehmen können, teils an das Ausland abgeben müssen, haben eingesehen, wohin der von dem sich ins Häuschen lachenden Großwerftbesitzer Blohm herbeigeführte Gewaltakt sie führt. Es ist, wie ich aus früherer Quelle höre, in der erwähnten Sitzung des Arbeitgeberverbandes zwischen Blohm und besonders einem kleineren Werftbesitzer zu einem sehr scharfen Kontraste gekommen. Und die Folge ist, daß man die gewohnte sonnenblühende Aus-sperrung diesmal wohlweislich zu unterlassen beschloß. Ja, es wird eifrig ein Gerücht kolportiert, wonach der Beschluß noch weiter geht, daß nämlich am Montag wieder alle Werften für die Aussperrungen geöffnet werden sollen. Um auf alle Fälle gefaßt zu sein, haben die Arbeiter am Sonnabendnacht in einer imposanten Versammlung, die an die Zeiten des großen Hafenarbeiter-Ausstands erinnerte, beschlossen, bei eventueller Öffnung der Werften nicht so ohne weiteres wieder an die Arbeit zu gehen, sondern in einer sofort einzuberufenden Versammlung die Bedingungen (Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst) festzusetzen, unter denen die Arbeit aufgenommen werden soll.

Daß das Unternehmertum bei Streikigkeiten mit den Arbeitern die Weisheit mit Füßen zu treten sich erlaubt, ist eine bekannte Thatsache. Folgender Fall erörnt für diese Thatsache wieder einen recht charakteristischen Beweis. Der Dampfer, an dem die 80 Rieter der Meier-schlag-Werft wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung, mit den Rieteren der übrigen Hamburger Werften im Lohn gleichgestellt zu werden, die Arbeit einstellen, ist in einem Zustand nach England gegangen, der den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen direkt ins Gesicht schlägt. Die Platten waren nicht ver-nietet, sondern nur mit Schrauben provisorisch an-geschraubt, ein Zustand, der die höchste Gefahr für die Vermannung in sich barg. Der Seemannsverband hat, sobald das zu seiner Kenntnis kam, sofort Schritte bei der Seemanns-genossenschaft gethan, um zu verhindern, daß das Sargschiff in See ging. Es war aber schon zu spät. Wie die Verussgenossenschaft mitgeteilt hat, war das Schiff schon in See. Hätte sie rechtzeitig Kenntnis gehabt, sagt die Veruss-genossenschaft, würde sie die Ausfahrt des Dampfers inhibiert haben.

Das „Volkswort für Harburg“ weiß über die Wärmg unter den kleinen Werftbesitzern ähnliches zu berichten. Dasselbe schreibt:

Unter den ausgesperrten Werftarbeitern befinden sich auch mehrere Schiffzimmerleute von Wälhausen. Diese Leute sehen selbst-verständlich zu, anderwärts Arbeit zu bekommen und begaben sich auf verschiedene Werften am Meier-schlag. Es wurde ihnen von den Werftbesitzern erklärt, daß sie sie nicht einstellen dürfen, Arbeit wäre genügend vorhanden, es hätte ihnen leid, sie nicht beschäftigen zu können.

Den Herren Blohm und Konjorten widerfähre nur etwas Längstverdiertes, wenn durch ihren neuesten Gewaltakt der Arbeit-gebederung auseinanderfielen.

Aus Hamburg geht uns noch die Mitteilung zu, daß das Gerücht, die Aussperrungen würden am heutigen Montag aufgehoben werden, sich nicht bestätigt hat.

Der Streik der Harburger Maurer und Zimmerer dauert fort. Da die Unternehmer die kräftigsten Anstrengungen machen, durch Annoncen Arbeitswillige heranzuziehen, sieht sich unser Har-burger Bruderorgan veranlaßt, erneut zur Fernhaltung jeglichen Zugangs aufzufordern. Bisher haben die Werberwerbende der Harburger Unternehmer nur einen sehr geringen Erfolg gehabt.

Zum Streik der Maurer in Hannover giebt der „Volkswille“ folgenden Situationsbericht: Zu den neuen Bedingungen arbeiten 156 Kollegen. Die Hälfte der Kollegen, 861, ist abgereist, während noch 703 am Orte streiken. Daß noch nicht mehr Meister bewilligt haben, liegt an der Hartnäckigkeit der Innung, welche glaubte, die Maurer würden, durch Hunger getrieben, nach 8 Tagen wieder auf die Baupläze laufen. Die Herren haben sich gründlich getäuscht und diejenigen Meister, welche wohl gerne bewilligen möchten, es aber auch mit der Innung nicht verdecken wollen, werden bald ihren Schaden einsehen. Es ist denn auch ganz natürlich, daß unter der Meisterherrschaft schon Zwiespalt eingetreten ist, zumal auch die herbeigekommenen 400 Kolleger immer noch nicht eintreffen wollen. Die Ausführe des Streiks sind demnach düstige.

Der Maurerstreik in Kassel dauert fort. Wir erühen die Parteiblätter, Notiz hiervon zu nehmen und alle Anzeigen, durch die Maurer für Kassel gesucht werden, zurückzuweisen. Auch an die Kollegen allerorts ergeht die Bitte, den Zugang strengstens fernzuhalten.

Der chinesische Krieg.

Berlin, 30. Juli. Nach telegraphischer Meldung des kaiserlichen Konsuls in Tientsin vom 27. Juli traf dort eine vom 19. Juli datierte Mitteilung des japanischen Gesandten in Peking ein, wonach die in der Hauptstadt eingeschlossenen Fremden sich fortgesetzt gegen die chinesischen Truppen verteidigen und an der Hoffnung festhalten, sich bis Ende Juli befreien zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt werde von dem eingeschlossenen die Ankunft der Entlass-truppe erwartet. Der japanische Gesandte erwähnt in seiner Mit-teilung, daß die Chinesen seit dem 18. Juli aufgehört hätten, die Stellung der Fremden zu beschließen. Diese Angabe wird auch von dem Kommandanten des in Peking befindlichen japanischen Detache-ments unterm 22. Juli bestätigt.

London, 30. Juli. (W. T. B.) Unterhaus. Unterstaats-sekretär Brodric konstatiert, daß in der Versammlung der Admirale am 16. Juli beschlossen worden sei, die Eisenbahn von Taku nach Tientsin unter den Schutz und die Leitung russischer Truppen zu stellen. England habe der russischen Regierung mit-geteilt, daß, da dieses Abkommen unter den gegenwärtigen Umständen das beste sei, England keinen Widerspruch erheben wolle, es müsse aber vollkommen klar sein, daß die Linie nach Vermeidung der Feindseligkeiten ihrer früheren Leitung wieder unterstellt werde. Schmead Bartlett stellt die Frage, ob immer noch englische Seelen als Landtruppen in China verwendet würden, und Gibson Bowles die Frage, ob Rußland die von der britischen Regierung ge-stellten Bedingungen angenommen habe. Auf beide Fragen erfolgt vom Regierungstische keine Antwort. Schmead Bartlett fragt sodann, was die zum Entsch von Peking bestimmten Truppen der Verbündeten kommandieren solle und wie die Zusammensetzung dieser Truppe sein werde. Unterstaatssekretär Brodric entgegnet, infolge der Mängel der telegraphischen Verbindung wisse die Regierung nicht genau, was für Truppen auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen seien. Aus dem gleichen Grunde sei es ihm auch nicht möglich, wegen des Oberkommandierenden der Truppen eine Auskunft zu erteilen.

Tschifu, 28. Juli. (W. T. B.) Der Gouverneur der Provinz Schantung hat am 21. Juli eine Proklamation erlassen, durch die ein kaiserliches Edikt vom 1. Juli verkündet wird, in dem es heißt: Wir hoffen, die Hochuan-Miliz (Wogers) würden den Feind be-lämpfen und die drohende Schmach abwenden helfen; Banditen haben aber unter ihrem Namen geraubt und gemordet, weshalb die falschen von den echten Hochuan getrennt und scharf unterdrückt werden sollen. Der Gouverneur bemerkt dazu, in Tientsin und Peking herrsche die größte Gefahr, die Hochuan sollten schleunigst nordwärts ziehen.

Tientsin, 25. Juli. Umweit Tientsin wurde den 21. Juli eine russische Abteilung von 13 Mann durch 80 Japaner an-gegriffen. Die Russen verloren 2 tote, 3 Russen wurden verwundet, der Rest ergab sich den Japanern. Durch die sofort ein-geleitete Untersuchung wurde festgestellt, daß die Russen von den Japanern irrtümlicherweise für Chinesen angesehen worden waren. Der Zwischenfall wird als erledigt betrachtet.

(Eine sehr merkwürdige Meldung! Russen und Chinesen sind sich doch nicht so ähnlich, daß man sie verwechselt. Sollten nicht etwa die Japaner anfangen, ihrerseits einen Kulturkampf gegen die russischen Barbaren zu führen? Red.)

Am 25. wurde das chinesische Lager bei Peitang von 3 russischen Compagnien beschossen. Die Russen hatten keine Verluste.

Das Attentat.

Monza, 30. Juli. (W. T. B.) Die hier herrschende Entrüstung und Trauer ist unbeschreiblich. Die Stadtverwaltung hat eine Kund-gebung erlassen; die Stadt hat Trauerflagen angezogen, die Kauf-läden sind geschlossen. Die Geselligkeit celebrierte eine Totenmesse in der königlichen Villa. Der Mörder wird im Gefängnis streng überwacht; er frühstückte morgens mit großem Gmismus. — Der Herzog von Genoa ist heute früh hier eingetroffen. Der Herzog und die Herzogin von Savo werden erwartet. — Man fand unter einer öffentlichen Tribüne auf dem Plage des Wettlaufens noch einen zweiten Revolver.

Der Attentäter.

Frankfurt a. M., 30. Juli. (W. B.) Die „Frankfurter Zig.“ meldet aus Mannheim: Der Mörder des Königs von Italien war, wie hier beschäftigt italienische Arbeiter der „Volkstimme“ versichern, früher in Mannheim als Gipsfigurenverfertiger tätig gewesen. Er soll einer der gefährlichsten Auswenter seiner jugendlichen Landleute gewesen sein, und es hat eines jaweren Kampfs be-durft, um ihm hier das Handwerk zu legen.

Ein „Geheimbund“.

Paris, 30. Juli. (W. T. B.) Der „Temp“ teilt mit, die italienische Regierung sei am 20. Juni von den österreichischen Be-hörden in Kenntnis gesetzt worden, daß eine geheime Ge-sellschaft den Tod des Königs von Italien beschlossen habe. Die österreichische Polizei hätte an jenem Tage in Vontapel ein Individuum verhaftet, welches erklärt, er sei von einer Anarchisten-gruppe, der er angehöre, ausgewählt worden, den König Humbert zu ermorden. Vier andere Subvervane seien von den Anarchisten ebenfalls zum Tode verurteilt worden. Das betreffende Individuum habe hinzugefügt, seine Verhaftung verbinde nicht die Aufklärung des Attentats, denn ein anderer Anarchist sei dazu beauftragt worden, ihn zu erschießen. Sobald nun der italienische Minister des Innern die Depesche der österreichischen Regierung empfangen habe sei von ihm der Eiderrichtsdiens für den König Humbert verhängt worden und diese Maßregeln seien von dessen Nachfolger Saracco anrecht erhalten worden. Der König habe aber bemerkt, daß er härter beivacht werde, und verlangt, daß bezüglich seiner Bewachung alles beim Alten bleiben sollte. (Diese Schauer-mär scheint dem Herrn eines wahnwitzigen Reporters entsprungen. Redaktion des „Vorwärts“.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Hamburger Aussperrung.

Hamburg, 30. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Dreher und Maschinenbauer der „Aktien-Docks“ verweigerten heute wiederum die Nachtarbeit; trotzdem erfolgte keine Maßregelung.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. August eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil des Romans

„Die Kaufare“

kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Weuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

2 Mark 20 Pfennig

für die Monate August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Revolution in China.

Den Chinesen wird von den Europäern vorgeworfen, daß sie „versteinert“ seien, aus alten Ideen, Vorstellungen und Einrichtungen nicht herauskönnen. Wie die meisten Vorkämpfer, ist dieser nur eine Uebersetzung des Ich auf andre. Er wird seit Jahrhunderten gedankenlos, starrsinnig gemacht und ist versteinert, jedoch nicht eine chinesische Versteinigung, sondern eine europäische. Heute wissen wir schon, obgleich China uns verhältnismäßig noch wenig bekannt ist, daß die Kulturgeschichte Chinas eine stetige Fortentwicklung aufweist und mindestens ebenso viel Wandlungen und innere Kämpfe wie die Geschichte Europas. Die Entwicklung hat freilich bisher eine andre Richtung genommen — nicht die zur kapitalistischen Großproduktion und zum Militarismus. Daß die Chinesen es in der Kunst des Totschlagens nicht so weit gebracht haben wie wir, das spricht doch gewiß nicht gegen sie. Jetzt, wo wir Europäer sie gezwungen haben, diese Kunst zu üben, werden sie wohl auch Hervorragendes in ihr leisten. Die Anfänge sind schon vielversprechend. Und schließlich ist keine Kunst leichter zu erlernen, als die des methodischen Massenmordes.

Mit den Anklagen gegen China verhält es sich ähnlich, wie mit den Anklagen gegen die Türkei, der ebenfalls nachgesagt wird, sie sei der wirtschaftlichen und politischen Fortentwicklung unfähig, weil der Muhammedanismus seinen Fortschritt erlaube. Genau derselbe Vorwurf könnte dem Christentum und jeder andern Religion gemacht werden. Es giebt überhaupt keine fortschrittliche Religion, weil das Wesen der Religion an sich den Fortschritt ausschließt. Und was insbesondere die Türkei angeht, so hat es dort an kräftigen Reformversuchen nicht gefehlt, die aber dadurch vereitelt wurden, daß europäische Mächte, welche in Worten Reformen verkündeten, wirkliche Reformen gewaltsam verhinderten. Hat Rußland doch zwei Kriege gegen die Türkei geführt — den von 1828 und den von 1877 —, als große Reformmaßregeln in der Durchführung begriffen waren.

Ein ähnliches Spiel wird auch China gegenüber gespielt. Und zwar ist es auch hier Rußland, das die Reformarbeit durchkreuzt in der durchsichtigen Absicht, eine Neugeburt des Reichs zu verhindern, durch die es den Klauen seiner deutegierigen „Freunde“ entziffen würde.

Einem vom New Yorker „Independent“ veröffentlichten Aufsatz John Forbods, Sekretärs der Afrikanischen Gesellschaft von Amerika, und eines der besten Kenner Chinas, wo er lange in amtlicher und nichtamtlicher Eigenschaft gelebt hat, entnehmen wir folgende Einzelheiten.

In China besteht eine sehr starke Reformbewegung, die namentlich nach dem Krieg mit Japan in Fluß kam, und von dem jungen Kaiser eifrig begünstigt, von der unter russischem Einfluß stehenden Kaiserin Witwe fanatisch bekämpft ward.

„Heute, so schreibt Forbod, sind in China zwei Parteien, wo früher nur eine war — die konservative Partei und die liberale oder Reformpartei. Die letztere hat, ungeachtet des kürzlich erschienenen Unterdrückungs-Erlasses Tageszeitungen und periodisch erscheinende Blätter zum Zweck der öffentlichen Aussprache der Ansichten. Die konservative Partei dagegen verwirft den Gebrauch aller solchen „neumodischen“ geistigen Waffen. Es giebt keinen schlagenderen Beweis für die Lebenskraft der fortschrittlichen Ideen in China, als das Wachstum der Zeitungen und der periodischen Presse von 1895 bis 1898. Die einheimische Presse hat man mit einem telegraphischen System verglichen das den elektrischen Strom neuer Gedanken durch das ganze Land seiner Länge und Breite nach befördert. Im Jahre 1898 gab es — die „Festung Zeitung“, die älteste der Welt, eingerechnet — nur elf inländische Zeitungen, die sämtlich in Hongkong oder den Vertragshäfen erschienen. Abgesehen von Hongkong, wo fünf dieser Zeitungen erschienen, gab es in China selbst nur ein halbes Duzend Zeitungen. Drei davon kamen, je eine in Kanton, Peking und Tientsin heraus. Drei Jahre später, 1898, erschienen in Shanghai allein regelmäßig sechzehn chinesische Zeitungen: 12 täglich, eine halbwochentlich, zwei wöchentlich und eine alle zehn Tage. Zu diesen sind noch wenigstens zwanzig inländische Zeitungen hinzuzufügen, die in andern Teilen Chinas herauskamen. Es gab demnach fünfunddreißig Eingeborenen-Zeitungen, die größtenteils täglich erschienen, die regelmäßig und in ausgedehntem Maße nach allen Richtungen in den zwölf Provinzen verbreitet wurden. Magazine, Revuen und andre periodische Schriften gab es im Jahre 1898 nur acht, die sämtlich mit dem Missionarwerk in Beziehung standen. Davon erschienen fünf in Shanghai und je eine in Peking, Kanton und Fuzhou. Im Jahre 1898 gab es deren nicht weniger als fünfunddreißig: wovon 25 in Shanghai. Die meisten wurden von den Chinesen selbst veröffentlicht, und fast alle hatten die Aufklärung und Reform Chinas zum Zweck. Einige behandelten besondere Zweige des Studiums, wie die Medizin, den Ackerbau, die Mathematik, die allgemeine Wissenschaft und Er-

ziehung, während andre, ungefähr zehn, Magazine entwerfen von Missions-Gesellschaften oder im Interesse der christlichen Kirche in China herausgegeben waren. Und so erschienen in China, als die Reformbewegung auf ihrer Höhe stand nicht weniger als siebenzig Eingeborenen-Zeitungen und Magazine, deren Zahl beständig im Wachsen war. Die Zeitungen und die periodische Presse waren in kurzer Zeit zu einer Macht geworden, und wenn nicht die Reaktion, nach der thatsächlichen Absetzung des Kaisers im Herbst jenes Jahres (1898) gekommen wäre, würde die Sache der Reform bis heute sehr große Fortschritte gemacht haben.“

So der amerikanische Gelehrte, der seine Mitteilungen zum großen Teil aus der Denkschrift schöpft, die Kang Ju Wat, das Haupt der chinesischen Reformpartei und bis zu dem Staatsstreich im Herbst 1898 Vertrauensmann des jungen Kaisers, nach seiner Flucht im Oktober 1898 ausgearbeitet hat.

Der Plan, den Kang dem jungen Kaiser unterbreitet und für den er dessen Genehmigung erhalten hatte, war in kurzen Umrissen folgender:

Kang rief dem König, in die Fußstapfen Japans oder Peters des Großen zu treten. Sodann empfahl er ihm, junge, gebildete Männer auszuwählen, die erfüllt von den Ideen des Westens, ihn bei der Wiedergeburt des Reichs unterstützen könnten. Die Wahl sollte stattfinden ohne Rücksicht darauf, ob sie der niederen oder höheren Klasse entstammten.

Als unerlässliche Vorbedingung sollten die alten Beamten allmählich entlassen und zwölf neue Verwaltungs-Departements organisiert und nach der Art des Westens eingerichtet werden, mit tüchtigen Ausländern als Lehrern und Ratgebern und Leitern. In allen Provinzen, in je zwei Präfekturen sollte ein gesetzgebender Rat errichtet werden, dessen Hauptaufgabe es sein sollte, den Vorschriften der zwölf Departements Wirksamkeit zu verschaffen, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, gesundheitsliche Reformen einzuführen, Landstrassen zu bauen, und das Volk zu veranlassen, das Land nach der neuen Art zu bewirtschaften und den Handel zu heben.

Kang, der den Plan genau ausgearbeitet halte, wies nach, welsch ungeheurer Verlust an Einkünften dem kaiserlichen Schatz unter dem jetzigen System erwächst. Er zeigte an der Magistatur von Kanton, seinem Geburtsdistrikt, daß die volle Summe der Einkünfte dieses Distrikts sich auf jährlich 240 000 Dollar beläuft, und daß thatsächlich in den kaiserlichen Schatz nur wenig über 20 000 fließen. Er empfahl die vollständige Aenderung eines Systems, unter dem so etwas möglich sei und, China mit Indien vergleichend, sagte Kang dem Kaiser, daß aus den gewöhnlichen Steuern jährlich vierhundert Millionen Taels (der Tael ist gleich 6 M.) gezogen werden könnten, und daß, wenn der Zilin (die Verbrauchssteuer auf ausländische Waren) abgeschafft, das Zollwesen vernünftig geregelt, Banalnoten ausgegeben, eine Stempelsteuer erhoben und andere Finanz-Reformen eingeführt würden, wenigstens noch weitere dreihundert Millionen, also zusammen siebenhundert Millionen Taels aufgebracht werden könnten. Kang lieferte den Nachweis, daß es mit solchen Einkünften leicht sein würde, eine Flotte zum Schutze der Küste zu erhalten, Seeschulen, zur Heranbildung von Offizieren zu errichten, Staatsbahnen zu bauen und andere nötige Reformen ins Leben zu rufen.

Dies der Plan. Es galt zunächst die öffentliche Meinung für ihn zu gewinnen, was durch die Presse erfolgreich geschah. Alles war im besten Gang — da machten sich vom Westen her störende Einflüsse geltend. Die unglückselige „Wettipoliti“ trat in geräuschvolle Aktion. Das mittelalterliche Märchen von der „gepanzerten Faust“ lebte wieder auf, und das Kaiserreich sollte internationale Rechte werden.

Den Lockrufen von der Rewa wachte man an der Spree nicht zu widerstehen. Nicht gewichtig durch die schlimmen Folgen des Hinduismus mit Rußland und Frankreich gegen Japan verwarf sich Deutschland seine Position China gegenüber durch die „Pachtung“ von Kiautschou, die das Signal war für Rußland, mit seinen brutalen Eroberungsplänen hervorzutreten. Es begann nun jenes schmachvolle Europäer-Bettrennen um die aus dem „Auge“ zu schneidenden Stide. Die Wirkung konnte nicht ausbleiben. Das Mißtrauen wurde von neuem eulsocht, der alte Freundschaft erwachte wieder und der Blind wurde geblendet. Den die europäische Junkt-Diplomatie jetzt zur Strafe für ihre Sünden und Verbreden als Sturm erntet.

Troydem gab der junge Kaiser von China mit seinen Ratgebern die Reformfrage nicht für verloren.

Zur Juni 1898 wurde mit der Ausführung begonnen. Eine Reihe von Reformdekretten erschienen. Das erste bezog sich auf die Umgestaltung der Universität von Peking, auf der die Beamten erzogen werden. Schulreformen, Reformen des Verwaltungswesens, des Steuersystems folgten einander in rascher Reihenfolge. Da kam der Staatsstreich: die Kaiserin-Witwe nahm das Staatsruder in ihre Hände und der junge Kaiser wurde als Gefangener in einen Palast eingesperrt. Kang konnte noch rechtzeitig fliehen, gewarnt von dem Kaiser selbst. Mehrere einflussreiche Reformier wurden hingerichtet. Und jetzt organisierte sich, gefördert von der Kaiserin, unter der Augen der Gesandten, jene Bewegung gegen die fremden Eindringlinge, die zu den Ausbrüchen dieses Frühjahrs und Sommers geführt hat.

Nach Ansicht Forbods ist es leicht, China auf den Weg der Reform zu bringen, wenn die Reformbestrebungen der Eingeborenen verständig unterstützt werden.

Mit Gewalt ist nichts auszurichten. Da aber die Vereinigten Staaten, England und Japan ein gemeinsames Interesse und den gemeinsamen Willen haben, China von innen heraus zu reformieren und die Integrität und Unabhängigkeit des Reichs zu erhalten, so erachtet der amerikanische Gelehrte den reaktionären Eroberungsplan Rußlands für aussichtslos. Von Deutschland und Frankreich, die, als zivilisierte Staaten das gleiche Interesse haben, wie England und die Vereinigten Staaten, spricht Dr. Forbod nicht — er glaubt offenbar nicht an eine ernsthafte Störung des Reformwerks von dieser Seite. Und darin hat er wohl Recht, was auch die abweichenden Bestrebungen einzelner sein mögen.

Der Tabakarbeiterstreik in Finsterwalde.

Zu Finsterwalde, wo eine ausgedehnte Cigarrenfabrikation ihren Sitz hat, währt der Streik der Tabakarbeiter jetzt bereits 16 Wochen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Cigarrenindustrie gehören zu den schlechtest bezahlten der Branche, ihre Löhne sind seit 20 Jahren nicht erhöht worden. Bei den seither bezahlten Löhnen

haben die Wickelmacherinnen einen Durchschnittslohn von höchstens 5-7 Mark, die Rollenrinnen einen solchen von 8-9 Mark und männliche Arbeiter durchschnittlich etwa 12 Mark.

Im Februar d. J. begannen die Arbeiter — der Verband mit der „Hilf- und Unterstützungs-Gesellschaft“ gingen gemeinschaftlich vor — in die Lohnbewegung einzutreten. Sie unterbreiteten den Fabrikanten — etwa 80 an der Zahl — ihre wirklich bescheidenen Forderungen.

1. Eine Lohnerhöhung für Rollen von 50 Pf., für Wickelmacher von 25 Pf. auf jede Sorte;
2. als Minimallohn soll gezahlt werden für schlaffe den Rollen 4,50 M., den Wickelmachern 2,25 M.;
3. für schräge soll als Minimallohn gezahlt werden den Rollen 5 M., den Wickelmachern 2,50 M.;
4. für schwer zu verarbeitende Tabak (wie Brasil, Vorstenland, Mexiko etc.) 1 M. mehr.

Des weitern wurde die Kommission beauftragt, bei den Herren Fabrikanten vorstellig zu werden um Befestigung vieler noch in einzelnen Fabriken herrschenden Mißstände. So ist es in mehreren Fabriken aus, daß die Wickelmacherinnen vor Sonn- und Festtagen die Arbeitsräume schenken und die Fenster putzen müssen und dergleichen, daß sie feiner Wasser und Feuer heranzuholen und Feuer anmachen müssen, ohne daß ihnen hierfür eine Entschädigung gewährt wird. Auch in sanitärer Beziehung herrschen vielfach Mißstände, so betrifft Ventilation der Arbeitsräume etc., ferner wird vielfach die Einlage in den Arbeitsräumen getrocknet; in manchen Fabriken herrscht auch im Winter eine zu niedrige Temperatur.

Den Arbeitern war es darum zu thun, womöglich ohne Streik die Bewilligung ihrer Forderungen zu erreichen, und sie betonten dies in ihrem Schreiben an die Fabrikanten; diese dagegen stellten sich von vornherein auf den Herrenstandpunkt, sie antworteten kurz und schneidig:

Finsterwalde, den 11. März 1900.

Wir erklären hiermit, daß wir auf höhere Lohnforderungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eingehen und in solchen Fragen überhaupt mit einer Kommission nicht verhandeln werden. Etwasige Wünsche unserer Arbeiter und Arbeiterinnen sind, wie immer, den Arbeitgebern direkt vorzutragen.

Die Vereinigung der hiesigen Cigarrenfabrikanten.

Diese provozierende Antwort verlegte die Arbeiter in große Erregung. Sie wissen wohl aus Erfahrung, welchen Wert es für sie hat, sich einzeln an die Fabrikanten zu wenden. „Wenn es Ihnen nicht paßt, können sie gehen“, ist die stereotypische Antwort der Unternehmer auf die Wünsche einzelner Arbeiter. Die Arbeiter versuchten zunächst nochmals eine gütliche Einigung herbeizuführen, sie beauftragten die Kommission, nochmals mit jedem Fabrikanten einzeln zu verhandeln. Auch dieser Versuch scheiterte an der Starrköpfigkeit der Fabrikanten, sie lehnten es rundweg ab, mit der Kommission in Unterhandlung zu treten. Zu ihrem Antwortschreiben behaupteten sie, daß namentlich die süddeutsche Konkurrenz sie an der Gewährung höherer Löhne hindere. Der Streik war nun unvermeidlich und kam am 14. April zum Ausbruch. Fast sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen mit nur wenigen Ausnahmen schlossen sich dem Streik an. Alle Versprechungen und Drohungen der Fabrikanten haben bisher nicht vermocht, die Streikenden zu desorganisieren. Die Fabrikanten suchten vor allen Dingen, die Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, aber gerade die weiblichen Streikenden blieben fest. Einigen Arbeiterinnen, deren Mütter Armenunterstützung erhielten, drohte man, den alten Frauen werde das Armeingeld entzogen, wenn ihre Töchter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Drohung hat zwar den gewünschten Erfolg nicht gehabt, wohl aber ist in dem einen Fall die bis dahin geleistete Unterstützung in der That entzogen worden. Die Streikenden haben während der ganzen langen Dauer des Kampfs die strengste Disziplin gewahrt, es ist nicht die geringste Ausschreitung seitens der Ausführenden bekannt geworden.

Für die Fabrikanten handelt es sich um eine Machtprobe, an der nicht bloß die Cigarrenfabrikanten, sondern auch die übrigen industriellen Unternehmer interessiert sind. Diese sagen sich, daß, wenn es erst den Tabakarbeitern gelungen ist, die Löhne zu erhöhen, dann würden auch die Unternehmer anderer Branchen namentlich der Textilindustrie, die Löhne erhöhen müssen. Aus diesem Grunde hält das gesamte Unternehmertum in Finsterwalde zusammen, um eine dauernde Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Auf der andern Seite haben auch nicht nur die Tabakarbeiter, sondern auch die übrige Arbeiterschaft von Finsterwalde ein starkes Interesse an dem endlichen Ausgang dieses Streiks, der sich zu einem Klassenkampf ausgewachsen hat.

Die Tabakarbeiter Berlins, die sehr stark unter der Schmutzkonkurrenz der Finsterwalder Fabrikate zu leiden haben, sind von Anfang an energisch thätig gewesen, um ihren Berufsgenossen in Finsterwalde zum Sieg zu verhelfen. Die Berliner Arbeiterschaft ist in Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission aufgefördert worden, die Finsterwalder Fabrikate, die in großen Mengen — namentlich von den hiesigen Schankwirten — in den Verkauf gebracht werden, zurückzuweisen.

Einigenmaßen scheint dieser Boykott nun doch gewirkt zu haben; die Fabrikanten haben jetzt gewissermaßen die Lohnkommission der Arbeiter als eine rechtmäßige Vertretung anerkannt, indem sie sich bereit erklärten, mit derselben zu unterhandeln. Am 19. Juli fand diese gemeinschaftliche Sitzung statt; es wurde in derselben nicht bloß über die „sonstigen Beschwerden“ der Arbeiter gegen einzelne Betriebe verhandelt, sondern auch über die Frage der Lohn-erhöhung, deren Erörterung früher von den Fabrikanten strikte abgelehnt worden war.

Neber den Verlauf dieser Sitzung wird uns berichtet: Nachdem in dieser Sitzung zuerst die Arbeiter den Zweck und die Begründung ihrer nachmaligen Anfrage dargelegt und die Steigerung der ganzen Lebenslage der Arbeiter geschildert, gaben die Fabrikanten auch unumwunden zu, daß in allen Bedarfsartikeln sowie in Wohnungsmiete die Preise in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind und es dem Arbeiter nicht zu verdenken ist, wenn er seine Lage zu verbessern beabsichtigt ist. Aber sie — die Fabrikanten — seien wegen der süddeutschen Konkurrenz nicht in der Lage, höhere Löhne zu zahlen. Nach Ansicht des Fabrikanten Geny seien die Löhne der hiesigen Tabakarbeiter, welche seit zwanzig Jahren dieselben geblieben sind, noch hinreichend, um den Unterhalt der Familie bestreiten zu können. Sehr bezeichnend ist die Aeußerung desselben Herrn, daß für ihn der Lohn des Tabakarbeiters zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht zureichen kann, weil er an andre Lebensweise gewöhnt sei. Von 21 Firmen, welche hier die geforderten Löhne ohne weiteres bewilligt haben, werden ganz dieselben Waren angefertigt und sie können nach Aussage der Arbeiter auch bei der geforderten Lohnerhöhung bestehen, mithin können es doch die andern Fabrikanten auch bezahlen. Nach längerer Diskussion stellten die Arbeitervertreter die Frage, ob die Fabrikanten geneigt seien, ihre Rollen in eine Versammlung zu berufen, in welcher über ein Entgegenkommen beraten werden soll. Die Antwort darauf war die, daß die Fabrikanten diese Versammlung einberufen werden, aber sie glauben nicht, daß ihre Kollegen über die geforderte Lohnerhöhung anders beschließen werden als früher. Weil für ein und dieselbe Arbeit in mehreren Fabriken geringere Löhne gezahlt werden als in andern, so wollen die Fabrikanten nach Aussage ihrer Vertreter zwar einen Ausgleich der Löhne vornehmen, sowie auch die geringsten Mißstände abschaffen, aber an eine Erhöhung der Minimallöhne werden sie nicht herangehen wollen.

Vorläufig bleibt die Situation also ganz die alte; die Berliner Arbeiter werden also ihre Unterstützung den Streikenden von Finsterwalde auch ferner noch angeheihen lassen müssen. Die Haltung der Streikenden ist nach wie vor eine mutterseeligen. In den Streik eingetreten sind 497 Personen, davon befinden sich noch im Streik 335. Von den übrigen 162 Personen sind 97 abgereist, zu den neuen

Bedingungen arbeiten 40 (im ganzen arbeiten 137 zu den neuen Bedingungen), zu den alten Sägen arbeiten 8 Personen und 17 sind in andern Berufen untergebracht.

Hoffen wir, daß es den mühtigen Kämpfern doch noch gelingen werde, die Halsstarrigkeit der Unternehmer zu brechen und ihre berechtigten und beschiedenen Forderungen durchzubringen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Beschäftigung verheirateter Frauen in Cigarrenfabriken hat in dem Jahresbericht (1899) des Darmstädter Gewerbe-Inspektors Moejer eine eingehende Behandlung erfahren. Es ist ein sehr düstres Bild, das uns da entgegentritt. Ueber die schädigende Wirkung dieser Beschäftigung auf die Gesundheit der Arbeiterinnen sagt der Bericht auf Grund eines ärztlichen Gutachtens u. a.:

Namentlich der feine Tabakstaub reizt leicht zum Husten und legt besonders deshalb den Keim zu Lungenkrankheiten namentlich der Schwindsucht, weil die meisten Arbeiten in sitzender und gebückter Stellung verrichtet werden, wobei die Lungen bei der dabei stattfindenden oberflächlichen Atmung nur wenig ausgedehnt werden. Dieser Gefahr sind die Mädchen in ihren Entwicklungsjahren besonders vor dem 18. Lebensjahr, und mehr noch verheiratete Frauen ausgesetzt, ganz besonders wenn dieselben schwanger sind. Wird die Arbeit in der Fabrik fortgesetzt, so entstehen leicht Lungen-Erkrankungen, Schwindsucht, Unterleibsleiden, zu frühe Geburten und fast regelmäßiges Unvermögen, die Kinder zu stillen. Es ist eine große Seltenheit, wenn eine Mutter ihr Kind stillen kann, meistens ist ein Mangel an Muttermilch vorhanden, oder die Mütter nehmen sich nicht die Zeit dazu, ihre Kinder zu stillen.

So wird den Kindern der Keim zu Siechtum und Schwäche als Erbteil in die Wiege gelegt. Und sie, die der sorgfältigen Pflege der Mutter umso mehr bedürftig sind, werden dann der Obhut anderer anvertraut, indes die kaum genesene Mutter in die Fabrik muß, um den Unterhalt für die Familie mit zu verdienen. Von den 522 in den Fabriken arbeitenden Müttern, die Kinder unter 14 Jahren hatten, vertrauten 72 ihre Kinder den Kinderhäusern an, 277 überließen sie der Aufsicht von Verwandten, erwachsenen Geschwistern, Großeltern etc., 34 gaben sie in bezahlte Pflege zu fremden Leuten und 139 Mütter mußten ihre Kinder während ihrer Fabrikthätigkeit ohne besondere Aufsicht lassen, darunter waren 50 Frauen, mit noch nicht schulpflichtigen Kindern. „Daß die Kinder unter der Abwesenheit der Mutter Not leiden, ist selbstverständlich,“ bemerkt der Bericht kurz und bündig.

Und wie wird den Frauen die Arbeit, die ihre eigene Gesundheit untergräbt und zum Fluch an ihren Kindern wird, gelohnt? — Man höre! Die in den Cigarrenfabriken des Bezirks beschäftigten Arbeiterinnen verdienen:

Anzahl der Arbeiterinnen												
18 106 163 174 94 49 28 15 7 4 3												
2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13												
Mark Wochenlöhne.												

Also von 661 Arbeiterinnen erhielten 647 Wochenlöhne von weniger oder höchstens 10 Mark, und nur 14 Arbeiterinnen erreichten die glänzenden Löhne von über 10 bis 18 Mark! Und das geschah zu einer Zeit, wo nach Aussage des Berichtes Mangel an Arbeitskräften herrschte und die Nachfrage nach weiblichen Kräften besonders stark war. Angesichts dessen ist die Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen gegenüber den Organisationsbestrebungen in ihren Reihen doppelt zu beklagen.

Die Stellung der muhamedanischen Frau und der Islam. Assen Amin Beh, Rat am Appellgericht in Kairo, hat unlängst zu Gunsten der Stellung der muhamedanischen Frau in arabischer Sprache ein Buch geschrieben. Fünf Forderungen stellt der Vorkämpfer für die Rechte der Muhamedanerinnen auf: 1. Unterricht und Erziehung; 2. Selbständigkeit in Handlungen, Gedanken und Gefühlen; 3. Freiheit in der Eattenwahl; 4. Bekräftigung des Repudiationsrechts des Mannes und Aufhebung des gleichen Rechts an die Frau; formeller Scheidungsprozeß; 5. gegenseitiges Verbot der Polygamie.

In seiner Begründung sind die interessantesten Punkte die, daß die Unterdrückung der Muhamedanerinnen nicht dem Propheten und dem Koran zuzuschreiben ist, sondern alten Sitten und Gebräuchen derselben Völker, welche den Glauben Muhammeds zuerst angenommen haben.

Der Koran sagt ausdrücklich: „Das Weib hat ebenso viel Rechte als Pflichten.“ Eine der Wohlthaten, die Gott dem Manne erwiesen hat, ist die, daß er das Weib ihm geschaffen und Mann und Weib zu dem Zweck vereint hat, daß sie sich lieben und gegenseitig unterstützen.“ „Erinnert Euch der feierlichen, Euren Weibern gegebenen Versprechen.“ So ist auch die Verschleierung keine Vorschrift des Islam, der nur bemerkt: „Sage auch den weiblichen Gläubigen (wie vorher den Männern), daß sie die Augen niederschlagen, ehrsam leben und Fremden nur das Sichtbare des Körpers zeigen.“ Das „Sichtbare“ hat der Text nicht erklärt. Die Wemas sind einzig, daß Gesicht und Hände dazu gehören; über Arme und Füße ist Streit. Auch die Trennung von Mann und Weib im Verkehr und in der Wohnung ist nicht Koran-Vorschrift; sie ist nur durch Weiterauslegung einer Stelle entstanden, worin die Weiber des Propheten von Besuchern abgeholfen werden sollen. Taufendjährige Gewohnheit und muhamedanischer Despotismus haben das orientalische Weib zu Boden gedrückt; vielleicht bringt das neue Jahrhundert auch ihm die Erhöhung.

Versammlungen.

„Die sociale Lage der Maurer- und Zimmerer-Politere Berlins und Umgegend“ bildete den Gegenstand einer öffentlichen Versammlung dieser Berufsgruppen am vorigen Sonntag. Referent A. L. u. s. führte etwa aus: Die beiden in Berlin bestehenden Organisationen, der Bund der Maurer- und Zimmerer-Politere und die Vereinigung der Zimmerer-Politere, haben bereits im vorigen Jahr gemeinsame Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Bund im Augeverbe gepflogen, wobei auch von den Unternehmern die Bewilligung bestimmter Lohnsätze u. zugesagt wurde, u. a. ein Minimallohn von 45 M. pro Woche. Wie sich aber später herausstellte, habe man unter Minimallohn einfach einen Normallohn verstanden wissen wollen, womit die Politere natürlich nicht einverstanden sein konnten. Auf eine diesbezügliche Anfrage beim Arbeitgeberbund sei von diesem die Antwort erfolgt, daß er nach den Beschlüssen der zu diesem Zweck stattgefundenen Generalversammlung es ablehne, neue Verhandlungen über bestimmte Lohnsätze mit den Politeren zu pflegen. Infolgedessen haben beide Organisationen der Politere sich zunächst dahin verständigt, den Versuch einer einheitlichen Organisation zu machen, um dadurch die gemeinsamen Interessen zu fördern. Diesem Wunsch nach Einigkeit in der Organisation sei aber kaum die Hälfte der Politere nachgekommen. Einigkeit aller sei aber erforderlich, um eine bessere Existenz zu erlangen. Dem die Stellung eines Politeren als Mittelglied zwischen Unternehmer und Arbeiter mit der gleichzeitigen Verantwortlichkeit den Behörden gegenüber sei eine äußerst schwierige. Handle er im Interesse des Arbeitgebers, dann habe er die Arbeiter, im umgekehrten Fall die Unternehmer gegen sich usw.

Zu der hierauf folgenden allgemeinen Besprechung meinte Schuch, daß die Organisation auch einen bestimmten Zweck verfolgen müsse, um das Interesse der Berufsgruppen zu erwecken und zu fördern. Der schwache Versuch der Versammlung lasse sich auch daraus erklären, daß sie in einem von den Arbeitern boykottierten Lokal („Konfordia“, Andreasstraße) stattfand. Gerade die überaus schwierige Lebensstellung der Politere sollte ihnen Veranlassung sein, sich mehr auf die Seite der Arbeitnehmer, als auf die der Arbeitgeber zu stellen! Bronski meint ebenfalls, daß die Lohnfrage von den Arbeitern viel härter aufgeführt werde, als von den so schwach organisierten Politeren, die fast immer nur auf

den „guten Willen“ der Unternehmer angewiesen seien, weshalb ihre Lage vielfach eine schlechtere sei als die der Arbeiter. Redner verlangte schließlich, daß die früheren Vereinbarungen mit den Unternehmern: 48—51 M. als Mindestlohn, wie auch die Forderung, daß, wenn ein Politer seine Stellung als solcher verliere, er von demselben Unternehmer auch sofort als Arbeiter weiter beschäftigt werden könne. Das schließliche Ergebnis der langwierigen Verhandlungen war, daß ein von Panni gestellter, aber von Schuch bekämpfter Antrag: Die Meinungen und Forderungen der Politere auf Grund der bereits erfolgten Vereinbarungen, dem Arbeitgeberbund zur „wohlwollenden Geneigtheit“ zu unterbreiten, mit geringer Mehrheit angenommen, ein entgegengefügter Antrag mit demselben Stimmverhältnis abgelehnt wurde. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Ortsverwaltung Berlin, ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: „Auf verschiedenliche Anfragen in Bezug auf den Versammlungsbericht der Elektromonteurs vom 27. Juli haben wir zu bemerken, daß die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft mit dem Lokalverband der Elektromonteurs und dessen Statuten und Einrichtungen nichts zu thun hat.“

Schuld an den Anfragen trägt lediglich das sonderbare An- einanderreiben genannter Organisationen im Bericht, woraus Irrtümer entstanden sind.“

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am 26. Juli eine stark besuchte Versammlung ab. Die Abrechnung vom I. Quartal ergab eine Einnahme inkl. des Bestandes vom IV. Quartal von 881,84 M., die Ausgabe betrug 448,18 M., so daß ein Bestand von 382,91 M. verblieb. Bei der Abrechnung vom Vergangenen war eine Einnahme von 100,80 M. und eine Ausgabe von 130,38 M., so daß ein Defizit von 29,58 M. zu verzeichnen war. Außerdem wurden für Einkommensteuern 106,40 M. vereinnahmt. Zum Streit bei der Firma Jäger wurde das Verhalten des betreffenden Herrn einer scharfen Kritik unterzogen. Herr Jäger verlangt, daß seine Leute den von ihm unterschriebenen Tarif, welcher erst seit einem halben Jahre in Kraft ist, durchbrechen, indem sie 25 bis 30 Proz. unter dem Tarif arbeiten sollen. Die Versammlung beschloß, die streikenden Kollegen thätig zu unterstützen, und zwar sollen die verheirateten 15 M. und für jedes Kind 50 Pf., die unverheirateten 12 M. pro Woche erhalten. Zum Schluß machte der Vertrauensmann noch bekannt, daß derjenige Kollege, welcher seine Statistik nicht abgegeben hat, keinerlei Ansprüche an die Organisation hat.

Charlottenburg. Am Sonntag beschäftigte sich eine außerordentliche Versammlung des Vereins der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit dem Lohnkampf bei der Firma F. Zimmermann u. Sohn in Charlottenburg. Aus den Berichten der Platzkommission sowie des Betriebsausschusses ging hervor, daß 2 Pf. pro Stunde bewilligt sind. Nach langer, ziemlich lebhafter Debatte, an der sich auch der Hauptvorsitzende des Verbands, Genosse August Beech-Hannover, beteiligte, wurde folgende Resolution gegen 11 Stimmen angenommen: „Die Versammlung erklärt sich einverstanden damit, daß 1. der Ausschluß mit der Platzkommission am Montag nochmals vorstellig wird, um vielleicht noch einiges zu erreichen; 2. Mahregelungen unter keinen Umständen stattfinden dürfen, auch ist die Versammlung der Meinung, daß wenn auch nicht 40 Pf., so doch mehr als 37 Pf. zu erreichen ist. Die Arbeit soll am Montagmittag unter den erreichten Bedingungen wieder aufgenommen werden.“

Schöneberg. Am 18. Juli hielt die praktische Verzin, Fräulein Dr. Jeann Springer im Verein für Frauen und Mädchen einen Vortrag über: „Alkohol und sociale Frage.“ Rednerin legte tiefen Ausführungen vom medizinischen Standpunkt aus die Schädlichkeiten des Genußes von Alkohol für die verschiedenen Organe des menschlichen Körpers dar, wies auf die fürchterlichen Folgen der Vererbung hin und forderte zum Schluß an, überall dahin zu wirken, daß der Staat ein Gesetz erlasse, wonach der Alkohol ebenso wie schon jetzt das Morphium, in den Schrank des Apothekers gehöre. Reicher Beifall beehrte die Referentin für ihren interessanten Vortrag. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Mitglieder mit Familie am 12. August einen Ausflug veranstalten und daß sich erstensherweise die Mitgliederzahl seit Gründung des Vereins nahezu verdoppelt hat.

Stralau. Am 26. Juli fand hier eine Versammlung der Glasarbeiter statt. Die Lohnkommission berichtete über die Verhandlungen mit der Direktion betreffs neuer Lohnbewegungen. Die Direktion hat zu den kleineren Forderungen, welche bereits bewilligt waren, nun noch eine kleine Lohnaufbesserung zugestanden. Verschiedene Kollegen sprachen sich gegen Annahme dieser Bewilligung aus. Da sich nun aber die Situation in unserm Branche in den letzten Wochen bedeutend dadurch geändert hat, daß auf verschiedenen Glasfabriken die Arbeiter gekündigt haben resp. in Streik getreten sind, empfehlen der Vorstand sowie die Lohnkommission die Annahme des Bewilligten. Nach längerer erregter Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. Diese ergab 168 für Annahme der Bewilligung und 53 dagegen. Somit hat unsre Lohnbewegung ihr Ende erreicht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Einsender von Braunschweig. Der Gehaltensmord von Kaspert ist von uns bereits behandelt.

Zwei Weitrade. Hier unbekannt.

G. 28. Ob eine solche Vereinnahmung besteht, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen.

W. 2. 8. Soviel und erinnerlich, ist der Betreffende nicht mehr am Leben. — G. 8. 77. 1. Rein. 2. Das ist möglich. 3. Ja. — 2. 78. Rein. — G. 8. 78. Rein. Wer Ihr Sohn beim Vertragsabschluss unterschrieben, so ist er an den Vertrag nicht gebunden, sonst würde er zur Abnahme der Bilder verpflichtet werden. — S. 2. 1001. 1. bis 4. Ein Recht auf Naturalisation in Deutschland haben Sie als Ausländer nicht, ebensowenig ein Recht auf Erteilung der Beibringung, daß Sie aus dem anderen Staatsbundes auscheiden können. 5. Ja. 6. Rein, das können Sie ohne Hilfe machen. — Besetzung 1900. 1. Rein. 2. Das ist möglich, aber von der Zustimmung der Behörde abhängig. 3. Die Kinder müßten durch Testament zu Erben eingesetzt werden. 4. Rein. — Grün 100. Der betreffende Passus ist mit Recht aus dem Statut fortgelassen. Allein der Sanitätsrat ist der berechtigte. Wer diesen zu vertreten hat — ob etwa Vorstand oder der Vorsitzende — muß sich aus seinen Statuten und Verhandlungen über die Auflösung des Vereins ergeben.

M. 3. Ja. — Jops. 1. Sie müssen an das Bezirkskommando sofort schreiben, daß Sie den Exzerzitionsdienst nicht wahrnehmen können, weil Sie bettlägerig sind. Sonst kann noch eine Befreiung eintreten. Ihre Frau kann keinerlei „militärische Befehle“ erhalten. 2. In beiden Fällen ist dieselbe Strafe (Gefängnis und Buschlag) möglich. — W. 2. 100. Wiederholen Sie Ihre Anfragen oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — Weihenstep 2. 32 und andere. Sportassessoren können nicht zu Kriegszwecken herangezogen werden. — O. 22. Es ist richtig. — Unwissender. 1. Sie können nur mit Einwilligung des Vorgesetzten den Vertrag aufheben. Sonst kann der Vorgesetzte, auch wenn Sie nicht zustimmen, auf Zahlung der Miete klagen, vielleicht können Sie einen Ersatzmann stellen oder sich sonst gültig einmischen. Das Gesetz ist auf freien des Wirts. 2. Weber die Akkordrente nach die Unfallrente ist pändbar. — J. 23. 1. Die Kosten auch in Strafsachen richten sich nicht nach der Anzahl der Termine. Für die Höhe der Gerichtskosten ist die Höhe der Strafe entscheidend. 2. Für die Auslagen (Zeugengebühren, Schreibgebühren und dergleichen) gelten die hergestellten Angelegenheiten folgebild, nicht aber für die eigentümlich in Antrag zu bringenden Gerichtskosten.

G. 8. 37. Verbe haben unrecht. Japan hat allgemeine Wehrpflicht, eine Art Beurlaubungs- und Wehrrecht und eine Art Volksvertretung. China hat diese Einrichtungen nicht. 8. 29 der japanischen Verfassung vom 11. Februar 1889 sagt, „alle japanischen Unterthanen haben innerhalb der gesetzlichen Grenzen die Freiheit, ihre Meinung in Wort und Schrift zu äußern, sowie Versammlungen abzuhalten und Vereine zu gründen.“ Eine ähnliche Vorschrift besteht für China nicht. Dort bildet lediglich die Familie und der Familienverband eine Art unabhängigen geschützten Vereins. Zeitungsfreiheit besteht in China nicht. Es existiert die „Wahler Zeitung“, die ist aber keine Zeitung im europäischen Sinn, sondern eine Art offizieller Korrespondenz, die von Beamten — dem sogenannten Rat der Censoren — zusammengestellt wird. Von Privatredaktionen herabgesetzene Zeitungen, insbesondere Lokal-Anzeiger, sind wohl alle oder fast alle nach kurzen Besehen wegen strafrechtlicher Verfolgung der Zeitungsgenossen gestoppt, weil diese die Wahrheit schreiben

wollten, die chinesischen Censoren aber insbesondere wahrheitsgemäße Kritik von Regierungsabhandlungen nicht gestatten. Es besteht eine Reihe von durch Reichsinnele herausgegebenen Zeitungen, z. B. das „Journal de Shanghai“ und das „Journal de Hongkong“. Hüberud steht der chinesischen Zeitungsmöglichkeit insbesondere der Umstand entgegen, daß nach Ansicht der chinesischen Rabis jedwede Kritik über Handlungen der noch herrschenden Dynastie verboten ist. Die „Volksvertretung“ in Japan besteht aus dem Reichstag. Dieser Reichstag setzt sich aus einem Abgeordnetenhause und einem Herrenhause zusammen. Das erstere wird mittels direkter, öffentlicher Wahlen zusammengesetzt. Wahlberechtigt ist, wer mehr als 15 Yen direkter Staatssteuer zahlt und 25 Jahre alt ist. Beim Klassenwahlsystem in Japan frei. Das Herrenhaus besteht aus Angehörigen des Kaiserhauses, Mitgliedern der Adelsverbände und vom Kaiser Berufenen. Das Budgetrecht des Reichstages ist so beschränkt, wie nach der falschen seit dem Militärkabinet verteidigten Ansicht das gleiche Recht der Volksvertretungen in Deutschland ist. Es bestimmt nämlich die Verfassung: bereits bestehende Ausgaben, welche auf den nach der Verfassung dem Kaiser zustehenden Rechten beruhen, oder welche durch gesetzliche Bestimmungen veranlaßt sind, ferner solche Ausgaben, deren Leistung zu den gesetzlichen Verpflichtungen der Regierung gehören, dürfen gegen den Willen der Regierung durch den Reichstag weder abgelehnt noch geändert werden. Kommt der Staatshaushaltsetat nicht zu Stande, so hat die Regierung den Etat den Vorjahre weiter auszuführen. China hat also despotische Regierung. Japan einen in ähnlicher Weise wie in Preußen-Deutschland durch konstitutionelle Schminke verbrämten Absolutismus.

M. 2. Das Kind ist Erbe Ihrer Frau geworden. Es kann natürlich nur von dem Erben, was Ihre Frau hinterlassen hat. Anders liegt es, wenn mährisches Erbrecht oder wenn Gütergemeinschaftsrecht zur Anwendung gelangen sollte. Ob dies der Fall ist, hängt davon ab, wo Sie Ihren ersten Wohnsitz nach Abschluß genommen haben. Sprechen Sie gelegentlich zur Klärung des Sachverhalts und Ihrer Rechte in der juristischen Sprechstunde vor. — Ritter 116. Durch Klage könnten Sie gegen die Erben Ihres Vaters Ihr Recht verwirklichen. Die Klage können Sie sowohl bei dem Gericht, in dessen Bezirk Ihr Vater wohnte, als auch bei dem Gericht, in dessen Bezirk Sie Ihren Wohnsitz haben, anbringen. — G. 8. 78. Zuständig ist für den Antrag auf Großjährigkeitserklärung das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Vater wohnte. Seine Zustimmung ist erforderlich. Das Nähere finden Sie im Arbeiterrecht, S. 51, Anm. 22. — J. 2. 56. 1. Das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts ist zu Ungunsten der Schlafsuchen ausgefallen. 2. Rein. — M. 2. 62. Es geht nicht an, nur einen des Ehebruchs Schuldigen bestrafen zu lassen. Wird der Strafantrag — nach Scheidung der Ehe wegen Ehebruchs — auch nur gegen einen der Ehebrecher gestellt, so muß das Strafverfahren sich auch gegen dessen Mitschuldigen richten.

Arbeitervertreter-Verein.

Donnerstag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr (präzise), im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Engel-Hfer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Besprechung über das zu errichtende Arbeitersekretariat. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 536 Der Vorstand. J. A.: Gd. Barnst, Schriftführer, Kolbergerstraße 7, II

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Für den Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Versammlungsangelegenheit. 3. Verschiedenes. 105/11

Für den Bezirk Südost: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95. am 1. August, abends 8 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: 1. Versammlungsangelegenheit. 2. Verschiedenes. Hierzu sind die Kollegen der Werkstatt von Kätsch, Poststraße 54, Bükel, Ruskauerstr. 28, Siebert, Mantuffelstr. 22, eingeladen.

Für den Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68. Eingeladen sind folgende Werkstellen: Ziche, Schindlerstr. 8, Kühn, Simonsstr. 11, Schubert, Badowerstr. 6, Raimann, Reiterstr. 5, Wagner, Harkensstr. 3, Prehn, Alte Jakobstr. 80, Wachsmann, Wasserthorstr. 61, Ruppert, Dresdenstr. 88.

Für den Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turnstr. 84. Tages-Ordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Für den Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Versammlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Für den Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 23. Tages-Ordnung: Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission, Versammlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Drechsler.

Mittwoch, den 1. August cr., abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:

Osten: bei Matthes, Koppenstr. 41. — Die Kollegen des Herrn Berger, Kehlauerstr. 5, sind besonders eingeladen.

Norden: bei Neumann, Brunnenstr. 150.

Süd-Osten, Westen und Süd-Westen: bei Mähring, Unterkr. 18c. Tages-Ordnung wird in den Versammlungen bekannt gegeben. Pflicht jedes Vertrauensmannes ist es, zu erscheinen.

Donnerstag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 57, bei Schiller.

Vertrauensmänner-Versammlung d. Stellmacher.

Tages-Ordnung: Wird die neunjährige Arbeitszeit überall umgekehrt? Es ist Pflicht der Kollegen, aus jeder Werkstatt einen Vertreter zu entsenden.

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Mittwoch, den 1. August cr., abends 8 1/2 Uhr.

Vertrauensmänner-Konferenzen.

Für den Osten: bei Bartel, Gr. Frankfurterstr. 18.

Für den Westen: bei Werner, Palowstr. 59. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

Filiale Berlin. Dienstag, den 31. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellt sich die Organisation zu neuen Risikovernehmungen in unserer Branche? 2. Streikabrechnung und Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen erucht um zahlreiche Beteiligung Die Ortsverwaltung.

162/11

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 31. Juli.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Deutsches. Der Probedandit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Weibha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Unfere Gushi. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Die Hiebermand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Postillon von Lonjumeau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Tochter Jerusalems. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Grille. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Der Stiefvater. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Semis auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hranis. Jubiläumsstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Walker-Theater).
Morwitz-Oper.
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Rom. Oper in 3 Akten v. A. Adam.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Populäre Vorstellung d. halb. Preisen zum letztenmal.
Zar und Zimmermann
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Die weisse Dame.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Zum erstenmal: Zampa oder: Die Harcourbraut.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!!
Berlin nach Elb.
Gr. Vöste in glänzender Ausstattung.
Anfang 8 Uhr.
Die sensationellen Schlager!
Eisenbahn-Quartett! Cordula!
Aufzug der Parfums.
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elb.

Thalia-Theater.

Seite und morgen:
Gastspiel der Orientalischen Natursänger
Die Tochter Jerusalems.
Historisch orientalische Operette in 4 Aufzügen. Musik v. Ed. Wolffthal.
Donnerstag: Der Sternensohn (Bar Kochba).

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum letztenmal: Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten v. Stich-Pliesner.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Zum letztenmal: Anna-Lisa.
Donnerstag: Tochter Bellina.
Freitag: Zum erstenmal: Die Vögel in China. Aktualisiertes Zeitgemähe in 4 Akten von Dr. Holz.
Im Garten: Theater, Konzert, Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr.
Mittwoch: Kinderreigenbesuch.

Apollo-Theater.

Zum 173. Male:
Venus auf Erden.
Bernhard Mörbitz
(Letzte Woche).

Robert Steidl

vom Urlaub zurück!!
Kosmograph neueste Aufnahmen
Unsre Marine
auf dem Wege nach China.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Garten-Konzert 7 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Der Zauberer am Nil.
Wundermäßige Operette
— Mumien-Ballett —
Juli-Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Nachher überall gehattet.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Marokkaner
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellungen
um 12, 5, 7 und 9 Uhr.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Lebende Photographien:
Die Flottenparade in Kiel, Ausf. d. Panzergeschwaders nach China u. a. m.
Der arm- und beinlose Hindu-Knabe.
Die Hindostanerin mit dem Apfelsinenkopf.
Tiroler-Gesellschaft „Almrausch“.
Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Bärenzwinger.

Sanssouci

Im prachtvollsten Natur-Garten
jeden Sonntag u. Donnerstags
humorist. Solos der Norddeutschen Quartett-Sänger
Gams, Cahnbley, Nega u. C. Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Solos: Tanzkränzchen. Tanz frei.
Donnerstags haben Vereinsmitglieder und Besessenen Gästigkeit.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Das Kadel-Madel oder: Puffschnuten.
Pöste mit Gefang in einem Akt von Braune. Musik von Thiele.
Der Herzerführer.
Operette in 1 Akt von E. W. Hoff von Holländer.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Feldschlößchen

Hüh. Fritz Nagel.
Müllerstraße Nr. 142.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Sonntags: Gr. Extra-Vorstellung und Ball. Entree 20 Pf.

See-Terrasse

rösstes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.
— Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer. —

Sonntag, den 29. Juli: Grosses Konzert

der amerik. Matrosen-Kapelle „Columbia“.
Auftreten des unbesiegbaren Preiskämpfers W. Rüstow in seinen staunensregende Kraftproduktionen im **Pferdezug mit Wasserfall**, ausgeführt von dem unbesiegbaren Herrn Bäckermeister W. Rüstow mit dem preisgekrönten Ringkämpfer Herrn Restaurateur Paul Ludwig.
Die Kaffee-Küche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.

4 hochelegante Kegelbahnen. — Grosser Vergnügungspark.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch jeden Montag u. Donnerstag).
Im Variété-Theater: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder frei.

Konsum-Verein Berlin-Nord

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)
Vineta-Platz 1.
Am Mittwoch, den 1. August er.:
Eröffnung der 2. Verkaufsstelle Choriner-Strasse 46.
Das Geschäft ist geöffnet
von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends — Sonnabends bis 10 Uhr.
Sonntags bleibt das Geschäft geschlossen.
Neuaufnahmen erfolgen in beiden Verkaufsstellen: Vineta-Platz 1 und Choriner-Strasse 46.
Den Mitgliedern zur gef. Kenntnis, dass infolge der Eingebildung der Kohlen-Interessenten, dem Vorstand es nicht möglich war, einen für die Mitglieder günstigen Abschluss zu erlangen; wir nehmen somit in diesem Jahr von der Kohlenlieferung Abstand.
Der Vorstand: H. Grasshold, H. Metz, H. Schaefer.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Fährmann, Dorf, Walde.)
Anfang: Sonntags 7, Wochen- tags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billet 3 Stck 1 M.
Vens nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Puhmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Künstler L. Rangée. — Im renovierten Saal: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Lebenswellen. Volkst. mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Hugo Schulz. Musik von H. Bial. Ballett unter Leitung der Ballettmeisterin Fr. Böhm. Kostüme der Excentric: Chansonnette Molly Verch, d. Grötische Duettisten Gebr. Milardo, Tauma-Quartett, The Miltons, Turner am Baden See, W. Pico, Trapezisten, Fred und Max, Chinesen, The Greenwood, Pantomime: Die unaufrichtige Schmeichele. — Konzert.
Im Saal: Ball. — Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf. Kass. Platz 50 Pf. Kalbo.

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3.
7 Stadtbahnhöfen.
Großer Raingarica.
Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. international Konzerte von sämtlichen
Gesangs-Musik-Kapellen.
Entree frei.
Von 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.
Spezialität-Vorstellung.
Referverkauf. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Referhandlung, Neue Königstraße 30. 2162*

Räderstr. 1-6, (zwischen Landsberger Allee (Stouerhaus) und Lichtenberg)

Chronische Leiden
jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 17, I. r.
9-3, 5-9, Sonntags 9-7.
Arbeiter 20 Pros. Ermäßigung.

Achtung!

Mittwoch, den 1. August, abends 8 Uhr, in Cohns Festalen, Benthstr. 19-20:
General-Versammlung der Zahlstelle Berlin II.
des Central-Verbandes deutscher Maurer u.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Jahn über: „Welthandel im 19. Jahrhundert“. 2. Abrechnung vom 189/18
3. Quartial. 3. Beschließenes.
Zahlreichen Besuch erwartet

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rübendörfer Straße 71
am Rübener Platz.
Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 3 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Original Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [*
Ruhher: Tanz. W. Trapp.

Eberts Klub-Haus.

72. Kommandantenstr. 72.
Säle mit Bühne an Sonnabenden und Sonntagen noch frei.

Säle Luisenst. Klubhaus

Auenstr. 16 (Zuh. H. Gruppe) für Vereine, Gesellen u. Privat-Gesellschaften.
Telephon Amt 7a No. 7301.
5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9, Kranstr. 19,
Faldensfeinstr. 28, Saufherstr. 2.

Kranzhändler u. Blumenhandlung

von 40809
Robert Meyer,
2 Mariannen-Strasse 2.
Blumengründe, Gairlanden, Ballkränzen, Bouquets u. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Natur-Heilverfahren.

Gaut. Genu u. Valenleiden, Frauen-Krankheit.. heilt sicher ohne Berufshörung. [30782*
R. Wagner, (r. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Äußerl. Zähne

2 W. an vordr. Klebe Garantie.
Plombieren, Schmerzloses Zahnziehen.
Reparaturen in 2 Stund. Sprechz. 8-8.
Blumenstraße 25.
H. Lange, Ecke Mariannenstraße.

MAURER.

Achtung!

Mittwoch, den 1. August, abends 8 Uhr, in Cohns Festalen, Benthstr. 19-20:
General-Versammlung der Zahlstelle Berlin II.
des Central-Verbandes deutscher Maurer u.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Jahn über: „Welthandel im 19. Jahrhundert“. 2. Abrechnung vom 189/18
3. Quartial. 3. Beschließenes.
Zahlreichen Besuch erwartet

Charlottenburg. Öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Donnerstag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambrius-Brauerei, Wallstraße 94.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtvorordneten Genossen Paul Girsh über: „Wer trägt die Schuld an den Mietssteigerungen?“
2. Diskussion.
Zu zahlreichem Besuch, besonders der Frauen, ladet ein
Die Vertrauensperson.

Verband der Tapezierer und verw. Berufsg.

Deutschlands. Filialen Berlins.
Sonnabend, den 4. August er.:
Grosses Mottenfest
in der Neuen Welt, Gassenheide 108-114.
Konzert, Spezialitäten, Ball, Grosses Feuerwerk und Kinderbelustigungen aller Art etc. etc.
Das Festkomitee.

Achtung! Schmiede. Achtung!

Mittwoch, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Algeanderstr. 27c:
Grosse öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow. 176/7
2. Diskussion. 3. Beschließenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen und dafür zu agitieren.
Der Einberufer.

Achtung, Fliesenleger - Hilfsarbeiter.

Mittwoch, den 1. August 1900, abends 8 Uhr, bei Schulz, Grenadierstraße Nr. 33:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Umrz. Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Beschließenes.
Der Vertrauensmann der Bauarbeiter lokaler Richtung.

Mechaniker!

Mittwoch, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-lfer 15:
Allgemeine Mechaniker - Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Robert Schmidt: Das Handwerkerfest, 2. Stellungnahme zu der seitens der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik eintreffenden Resolution-Versammlung, in welcher die Wahl von 5 Kommissionsmitgliedern und 5 Stellvertretern als Deputierte der Gesellschaft vorgenommen werden sollte. Die anwesenden Kollegen beschließen inbezug die Vertagung, um diese Frage genügend diskutieren zu können, weshalb die Kollegen ersucht werden, recht zahlreich zu erscheinen.
114/5 Die Kommission. H. A.: Hermann Friedrich.

Vereinsbrauerei-Ausschank

Rixdorf, Hermannstr. 214-219.
Mittwoch, den 1. August 1900:
II. grosses Ernte-Fest
verbunden mit grossem Gartenkonzert.
Großer Gala-Umzug
der Schnitter und Schnitterinnen. Ansprache des Landmanns. Div. Spiele, Bonbonregen, Kirchenvorstellung,
Luftballonfahrten, Fackelparaden, Feuerwerk u.
Nachher: Verlosung von reizenden Sachen. 1. Hauptgewinn: 1 goldene Damenuhr. 2. Hauptgewinn: 2 Wasserreimer.
Da der Hauptgewinn vom vorigen Mittwoch nicht eingeliefert worden ist, so kommen jetzt 2 Damenuhren zur Verlosung. Die Verlosung geschieht unter meiner Kontrolle streng reell. — Entree Erwachsene 10 Pf., Kinder 5 Pf., wofür jedes Kind eine Stofflatz, eine Mütze oder eine Schärpe gratis erhält. — Die Kaffeeküche ist geöffnet.
51662*
Martin Berndt, Gastwirt.
NB. Kirchhofbesucher haben freien Zutritt.

Schweizer-Garten.

Am Königsbor. — Gastst. der elektr. Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.
„Clown Tanti“ Familie Patty-Frank
(6 Berl.) Barriere- und Luft-Akrobaten.
mit feinen dressierten Hombert und Renardo,
Ponnys, Affen und Hunden. unaufrichtige Excentrics.
Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini,
7 Damen. — Moderne Karikatur — Tanz-Soubrette.
Jeden Abend 10 Uhr:
„Die Volks-Belustigungen
Infligen Weiber von Berlin“, aller Art.
ausgeführt Anfang 4 resp. 5 Uhr. Entree 30 Pfg.
vom Theater-Ensemble (20 Personen).

Max Kliems Sommer-Theater

Gassenheide 13-15.
Kunstliche Verlegung: Paul Albitz.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelspielen, Rondolieren, Blumenhand u. c.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Kliem.

Lokales.

China-Postkarten. Ein altes, bekanntes Sprichwort kann man heute wie folgt variieren: Zeige mir Deine Ansichtskarten, und ich will Dir sagen, wer Du bist. Die Robheit gewisser Schichten des patriotischen Bürgertums wird durch nichts besser illustriert, als durch die von ihm bevorzugten Ansichtskarten. Auch der jetzige glorievolle Kriegszug gegen China hat auf diesem Gebiet recht überduftende Gewächse zur Blüte gebracht. In allen Schaufenstern hängen die China-Karten, die immer die germanische Kraft im besten Licht erstrahlen lassen, im günstigen Fall die Chinesen einfach vernichten, wogegen andre den niedrigen Potentaten, wie sie von einer gewissen Menschengasse zu Kreuzfahrtschiffen werden, an Gemeinheit nichts nachgeben.

Auf einer Karte lesen wir:
Die Fackel voll.
Echt-anti, der Dreifach, in Thränen zerfließt:
Der hätte gedacht, daß der Stoff so schnell schiefte.
Echt-anti, es giebt was, daß auf uns, du Bieft,
Du wirst noch gedreht, gedreht und gepieft.

Die Karte ist im Verlage von Dr. Esler erschienen, die Zeichnung dazu von F. Jüttner, einem talentvollen Zeichner der Lustigen Wälder.

Der Text einer andern Karte lautet:
Ihr wart die Schweinewirtschaft nieder,
Nun teilt Euch in die Würst, Ihr Brüder!

Urgermanische Kraft verkündet die folgende Karte:
Deutsch der Ratrolle zum englischen Admiral Schymour:
„Loh' man jut sind, Jungelen, mit dem wist Du nicht fertig, den müssen wir mal vertobalen.“

Auf einer andern Karte heißt es überaus witzig:
So sich jung Deutschlands Fahnen zeigen,
Die Schmutzbarthaare zu Berge steigen!

Mit einem Chinesen, dem die Schmutzbarthaare nach bekannter deutscher Vortracht gen Himmel gerichtet sind.

Eine Nation, die sich an solchen Versen erfreut, hat es wirklich dringend nötig, ihre „Kultur“ nach China zu tragen.

Sommervohnung auf dem Hundewagen. Ueber die wenig beneidenswerten Leute, die das unrentable Geschäft des Obsthändels im Umherziehen betreiben, schreibt ein hiesiges Blatt:

In der Nähe einer sehr belebten Straßen Ecke waltet tagtäglich ein Dutzend solcher fliegenden Obst- und Gemüsehändler ihres Amtes. Ihre Schöffigkeit oder vielmehr Standhaftigkeit hat einen Freund unsres Blatts veranlaßt, doch einmal aufzuschnappen, wann diese Leute eigentlich das Geschäft schließen. Er mußte sehr lange warten, bis nach Mitternacht. Da löschte der vor seinem Hause haltende ObSprinzival die Leuchte aus und begab sich unter das Felddach des Wagens zur Nachtruhe; seine Leute, ein junger Mann von 18 und ein Mädchen von 10 Jahren trocken mit dem Bierfäßler, der die treibende Kraft des ganzen Geschäfts ist, in den zweiten Wagen, um dort zu schlafen.

Wir müssen gestehen, wir haben noch nicht davon gehört, daß die Straßenhändler auf ihren Hundewagen zu nächtigen pflegen. Sollte die obige Mitteilung aber wirklich auf Wahrheit beruhen, dann würden sich hier herrliche städtische Zustände entrollen.

Herr Peter Krapowitz, einer der beständigsten Vertreter des Anarchismus, wird in nächster Zeit im Verlage von Dietz in Stuttgart seine Memoiren herausgeben.

Die Direktion der Berlin-Charlottenburger Straßebahn, welche durch Personalunion mit der Direktion der Großen Berliner Straßebahn-Gesellschaft vereinigt sind, siedelt bereits am nächsten Mittwoch, den 1. August, nach Berlin über. Sie sind in den Räumen der Berliner Direktion im Hause des Apollo-Theaters, Friedrichstr. 218, so lange untergebracht, bis das neue Direktionsgebäude der Großen Straßebahn am Leipziger Platz fertig gestellt ist. In Charlottenburg verbleibt lediglich die Betriebsinspektion und Bahnhof-Verwaltung. Der Betrieb der Charlottenburger Linien wird vorläufig in der alten Weise weitergeführt. Erst allmählich sollen die Einrichtungen der neuen Gesellschaft deren der großen angepaßt werden. Es haben jedoch schon seit einiger Zeit die Betriebsbeamten der Charlottenburger Straßebahn die Uniform der Großen Berliner, dunkelgrau mit grünem Kragen etc., gegen ihre frühere unpraktische hellgraue vertauscht. Nachdem die Große Berliner die ehemalige Neue Pferdebahngesellschaft, die Westliche und Südliche Vorortbahn und jetzt auch die Charlottenburger Gesellschaft angezogen hat, bleibt an Straßenbahnen in Berlin nur noch wenig übrig, was nicht zu ihrem Bereich gehört: die beiden Linien von Siemens u. Holste nach Rantow und nach Treptow, die Straßenbahn nach HohenSchönhausen der Continentalen Gesellschaft für elektrische Kleinbahnwagen in Nürnberg, sowie endlich die Westliche Vorortbahn mit dem Spreetunnel.

Der Turnverein „Fichte“, Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes, hielt am vorigen Sonntagmorgen anlässlich seines zehnährigen Bestehens in der Turnhalle, Brünzstr. 70, ein Schauturnen ab. Es begann um 4 Uhr mit dem Ginnmarsch der Männer- und Lehrlingsmitglieder in einer Bier-Steinhalle. Nach den ersten Geseireiten hielt der Vereinsvorsitzende eine kurze martige Ansprache, in der er den zahlreich erschienenen Zuschauern für ihr Erscheinen dankte; er führte dann weiter aus, wie nützlich das Turnen gerade für die arbeitende Klasse, die unter so unglücklichen Verhältnissen existieren müsse, sei. Das Turnen erhalte nicht nur den Körper gesund, sondern auch den Geist, und das sei in unruher Zeit, des Erbwidmums der Geistesherrschaft, besonders notwendig. Das Programm bestand aus 14 Nummern. Besonders Beifall fand der von zwei Damen-Abteilungen ausgeführte Reigen. Auch die Stabübungen der Männer-Mitglieder machten einen guten Eindruck, wie überhaupt das ganze Arrangement trefflich gelungen war.

Ein schwerer Infammoschlag des Ringbahn-Motorwagens 1127 mit einer Droschke rief Sonntagabend 11 1/2 Uhr große Erregung unter den Passanten der Androsstraße hervor. Der Führer des Motorwagens hatte zu spät die Bremse angezogen, sonst wäre die Droschke noch glücklich passiert. So aber trat der mit voller Fahrt daherausende Motorwagen das Hinterrad und warf die Droschke in einem weiten Halbkreis herum, der Droschkenführer wurde herabgeschleudert und trug eine schwere Kopfwunde und anscheinend auch innerliche Verletzungen davon. Von der Wucht des Stoßes zeugte der Umstand, daß der Motorwagen erst ca. 15 Meter von der Unglücksstätte (Langestraßenecke) entfernt zum Stehen gebracht werden konnte.

Entschuldig zugerichtet wurde gestern vormittag um 9 1/2 Uhr die 22 Jahre alte Frau Luise Winterbach geb. Hoppe, die bei ihrer Schwester, der Frau Bureauvorsteherin Blumhagen, in der Wasserstraße 45/46 wohnt. Frau Winterbach, von ihrem Mann, einem Pfeifer, getrennt lebt und die Scheidungslage eingeleitet hat, verstand sich allein in der Wohnung, während sich ihre Schwester mit ihrem Manne bei Oberwalde in der Sommerstraße befindet. Am Kaffee zu trinken, benutzte sie eine Spiritusmaschine und gab, obwohl vor dieser gefährlichen Unfälle schon so oft gewarnt ist, aus der Flasche Spiritus in die brennende Flamme nach. Die Flasche explodierte, und ihr brennender Inhalt setzte die ganze Kleidung der Frau sofort in Flammen. Auf ihr Hilfergeschrei eilt der Reisende Lappe, der ein Zimmer angemietet hat, herbei, gab der Frau einige Eimer Wasser über den Kopf und löschte so die Flammen. Nachbarn wickelten die am ganzen Körper Verbrannte in wasse Tücher, um ihre Schmerzen zu lindern.

Da ein Arzt in der Nachbarschaft nicht zu finden war, so rief man gleich einen Koppischen Rettungswagen. Da gerade ein Wagen angepannt war, so befand sich die Unglückliche bereits 10 Minuten nach dem Unfall in einem Krankenhause. Trotzdem wird es kaum möglich sein, sie am Leben zu erhalten. Die Haare sind ihr vom Kopfe vollständig abgefallen, die Schultern, der Rücken, Arme und Beine stellenweise so schwer verbrannt, daß das Fleisch in Fetzen herabhängt. Die Angehörigen wurden aus Oberwalde telegraphisch herbeigerufen.

Wegen verachteten Morde ist die obdachlose Ehefrau des Drehorgelspielers Weigel am Sonnabendabend verhaftet worden. Die dem Trunk ergebene, 30 Jahre alte Frau kam am Sonnabend kurz nach 9 Uhr abends mit ihrem acht Monate alten Knaben nach dem Bahnhof Schönhauser Allee und wartete auf einen Ringbahnzug. Wieder schwer betrunken, fiel sie durch ihre wirre Reden bald den übrigen Fahrgästen, deren sich etwa 50 auf dem Bahnsteig befanden, auf. Das war, wie sich bald zeigte, für den kleinen Knaben ein Glück. Als nämlich um 9 1/2 Uhr ein Nordringzug vom Weidlingberg her eintraf, packte Frau Weigel ihren Sohn, um ihn vor die Maschine zu schleudern. Da sie jedoch durch ihr Gebahren die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, so nahm man ihr Vorhaben noch rechtzeitig wahr. Ein Arbeiter sprang rasch hinzu und entriß ihr das Kind, während andere die Mutter selbst ergreifen und festhielten. Der Fahrgast, die sich in dem Zug und auf dem Bahnsteig befanden, bemächtigte sich eine große Aufregung. Unter einem starken Anlauf wurde die Frau von herbeigerufenen Schutzmännern nach der Wache des 97. Reviers in der Stargarderstraße gebracht. Ein später der Kriminalpolizei zugeführt zu werden. Ein anderer Beamter brachte das Kind mit einer Droschke nach dem St. Josefsheim auf dem Grundstück der St. Hedwigsgemeinde in der Pappelallee 110/111.

Erhebliche Verletzungen zog sich am Sonntag der Schlächtergehilfe Weimann zu, welcher mit einem Einspanner nach der Markt-Halle fahren wollte. An der Ecke der Weinmeister- und Lenen-Straßen wurde das Pferd scheu, jagte in die Schönhauserstraße hinein und den Wagen hinter sich herschleudert, auf den Bürgersteig hinaus. R. der das Pferd nicht zu halten vermochte, suchte sich durch einen Sprung vom Wagen zu retten und zog sich hierbei erhebliche Verletzungen zu. Das Pferd raste weiter, rief vor dem Hause Nr. 11 eine Strohenlaterne ein, tarantollierte in der Rosenkalerstraße mit einer Droschke und jagte am Hadeschen Markt gegen den Zirkusperren. Hierbei wurde der Fleischwägen zertrümmert, das Pferd stürzte und konnte nur endlich zum Stehen gebracht werden.

Am Schlaganfall verstarb plötzlich am Sonnabendabend im Zoologischen Garten der hier zum Besuch weilende 70jährige Dr. Pinkeus aus Marienwerder.

Ausgelärt ist jetzt der Selbstmord, den am Freitagmittag ein alter Herr in einer Badeanstalt am Alexanderplatz verübte. Nach einer Karte, die man bei ihm fand, hielt man, wie wir mitteilen, den Selbstmörder zunächst für einen Geschäftsmann aus der Grödenstraße. Erst später ermittelte man, daß es der 70 Jahre alte Rentier Alexander Joseph aus der Köpenickerstraße 70 ist. Der alte Mann hatte im Dezember vorigen Jahres das Unglück, in der Köpenickerstraße bei der Blüte zu fallen. Seitdem war er krepdlicher und sehr nervös. Auf Anordnung seines Arztes ließ man ihn nie allein ausgehen. Am Freitagmorgen um 9 Uhr aber benutzte er einen unbedachten Augenblick, um sich über die Hintertreppe zu entziehen. In der Brückenstraße lauffe er sich dann ein Rasiermesser und schnitt sich mit diesem in der Wadewanne den Hals durch. Im Krankenhaus am Friedrichshagen starb er einige Stunden nach der Aufnahme.

Große Sabotage erlitt gestern, Montagnachmittag, der Omnibus Nr. 23 der Linie Schönhauser Allee—Stottbuser Brücke. An der Ecke der Deutz- und Leipzigerstraße brach ihm das linke Hinterrad. Die Fahrgäste im Innern und auf Deck wurden bei dem heftigen Ausweichen dem Erlegen blick, stach durch einander geschüttelt, lamen aber ohne Schaden davon.

In seinem Bett tot aufgefunden wurde am Sonntagmorgen der 31 Jahre alte Eucateur Albert Krause, der seit zwei Jahren bei der Witwe Brandt in der Lankestraße 5 wohnte. Krause war seit dem Anfang März d. J. halbscheidend und konnte nur wenig arbeiten. Am Sonnabend suchte er sich, als er um 10 Uhr zu Bett ging, verhältnismäßig wohl. Am andern Morgen um 9 Uhr fand ihn ein Arbeitsgenosse, der mit ihm das Zimmer teilte, tot im Bett liegen.

Zum Krüppel gefahren wurde am Sonnabendabend der 32 Jahre alte verheiratete städtischer Valentin Piesnod aus der Bergstraße 9 zu Rixdorf, der bei Nicolai in der Pflüchstraße beschäftigt war. Piesnod war vermutlich unter der Einwirkung der Hitze auf seinem beladenen Aohlenwagen eingeschlafen. In der Hammersteinstraße fiel er um 8 Uhr abends so unglücklich herab, daß er unter die Räder geriet. Die schwere Last genötigte ihn beide Oberschenkel. Ein Schuttmann des 5. Reviers brachte den Verunglückten nach der Charité.

Eine schreckliche Ueberraschung wurde vorgestern morgen dem Arbeiter Megeleit in der Wilhelmshavenstraße 49 bereitet. Als er um 6 Uhr zur Arbeit gehen wollte, vernahm er den Kaffee, den ihm sonst seine Mutter regelmäßig zurecht machte. Mit der Frage: „Mutter, bekomme ich denn heute keinen Kaffee?“ öffnete er die Stubentür und sah nun die Mutter als Leiche an der Thürangel hängen. Die 55 Jahre alte Frau litt an epileptischen Anfällen und hat wahrscheinlich in geistiger Bewirrung Hand an sich gelegt.

Ein langjähriges Leiden hat den früheren Schneidemeister Moritz Feder veranlaßt, Hand an sich zu legen. Feder, ein Mann von 73 Jahren, lebte seit 7 Jahren als Hospitant in der städtischen Altersversorgungskasse in der Schönhauser Allee. Seit fünf Jahren innerlich leidend, war er in den letzten Wochen sehr niedergedrückt. Vorgestern morgen fand ihn ein Mädchen, das zum Reinmachen kam, erhängt an.

Verstärker Leichnam. Der 20 Jahre alte Sohn Bernhard der Witwe Reich aus der Bergstraße 1, der in einer Töpferei als Arbeiter beschäftigt war, verbrachte den Sonnabendabend in Gesellschaft von Bekannten, mit denen er um Mitternacht den Landwehrkanal entlang nach Hause zu ging. Auf dem Heimwege kam er auf den Gedanken, noch ein Bad zu nehmen. Zwischen der Tempelberren- und der Barwalderstraße entledigte er sich auf dem Rasen am Pflücher seiner Kleider und sprang, auf seine Schwimmkünste vertrauend, in den Kanal. Zu ihrem Schrecken aber sahen seine Begleiter, daß er unterging und nicht wieder zum Vorschein kam. Alles Suchen war umsonst. Der junge Mann war, vermutlich vom Herzschlag gerührt, ertrunken und blieb verschwinden. Die Leiche wurde erst gestern, Montagvormittag an der Rixdörferbrücke gelandet und nach dem Schutzhause gebracht.

Ein großes Schadenfeuer, dessen Entstehung auf böswillige Brandstiftung zurückgeführt wird, wütete Sonntag früh Panzgerstraße 48, gegenüber der städtischen Gasanstalt. Auf der großen als Lagerplatz dienenden Gelände hatte die Firma G. Weidenhagen zwei Pferdeboxen und mehrere Schuppen angezündet. Einer der letzteren, der eine Länge von etwa 30 Metern hatte und mit Gerüstletern, Brettern und Stangen (zu Sangerletern) angefüllt war, ist total eingestürzt. Das Feuer wurde früh 1/2 Uhr zuerst von der Gasanstalt aus bemerkt und dann mehrfach gemeldet, so daß vier Löschzüge, darunter zwei Dampfströhen, herbeieilten. Noch vor ihrer Ankunft war ein Schuttmann mit Gas-

arbeitern in das Gehöft eingedrungen und hatte fünf Pferde aus den bereits brennenden Ställen gerettet. Mit heimlicher Schnelligkeit hatte das Feuer in wenigen Minuten nicht nur den ganzen Schuppen erfasst, sondern war auch auf die Dachstühle der beiden Pferdeboxen und auf mehrere abwärts stehende mit Leitern und Brettern voll beladene Lastwagen übergesprungen, so daß sich die Feuerwehre vor einem gewaltigen Glutmeer befand. Zum Heberfluch wurde auch noch behauptet, daß ein stützer samt seiner Frau sich noch in der brennenden Dachwohnung über dem einen Pferdeboxen befänden. Schon stand die an der Außenwand nach dem Dachgehöft führende leichte Holzterrasse in Flammen, als Brandmeister Biesecker zwei seiner Leute beorderte, nach oben vorzudringen. Beide Wehnmänner wurden dabei fortwährend unter Wasser gehalten, so daß sie sich unbedeutend ihrer Aufgabe entledigen konnten. Die angeblich verunfallten Personen hatten sich aber schon gleich bei Ausbruch des Feuers in Sicherheit gebracht, ohne daß es bekannt geworden war. Da das Feuer von mehreren Seiten aus mit 5 Wehren erfolgreich angegriffen werden konnte, wurde ihm auch bald der Weg verlegt. Immerhin aber dauerte die vollständige Abkämpfung über drei Stunden. Der verursachte Schaden ist beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt. Es wird angenommen, daß der Brand auf einen gemeinen Raubakt zurückzuführen sei.

Feuernachrichten. Schwere Brandwunden erlitten Montagnachmittag zwei Personen bei einem Kellerbrande in der Webersstr. 60. Zu dem der Restaurationswirts Walbarch gehörigen Keller war aus nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen, das Frau B. zu löschten suchte, weil es noch im Entstehen begriffen war. Hierbei wurden jedoch ihre Kleider von den Flammen erfasst, die sie zwar noch erschließen konnte, sich dabei aber Hände und Arme schwer verbrannte. Sie flüchtete dann aus dem Keller, worauf auf ihren Feuersruf der in der Desfillation anwesende Ausfcher Albrecht mit einem Arbeiter gegen das Feuer vordrang. Ihre Löschversuche waren erfolglos, und Albrecht zog sich dabei sehr gefährliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu. Da die Flamme ein großes gefülltes Spiritusfaß umspielte, zogen sich beide Männer schnell zurück. Kaum hatten sie den Ausgang erreicht, als das Spiritusfaß unter heftiger Detonation explodierte, ohne aber weiteren Schaden anzurichten. Die Feuerwehre dämpfte den Brand in kurzer Zeit. — Vorher brannte in der Jagowstr. 18 eine Schuhmacherwerkstätte aus, während Zwangstraße 9 ein Wohnungsbrand zu beseitigen war. Ueberglöhter Teer veranlaßte außerdem einen Alarm nach Grünertweg 20.

Für unbemittelte Augenkranke ist im St. Marienspital, Panzgerstr. 41 unter Leitung von Dr. Erzberger eine Poliklinik errichtet worden. Die Sprechstunden finden wöchentlich von 8—10 Uhr vormittags statt.

In der Marienkirche veranstaltete Musikdirektor Otto Diemel Mittwoch, den 1. August, mittags 12 Uhr, eine zweite Vach-Feier zum Gedenten an den 150jährigen Todestag des Weisers. Das aus 50 Personen bestehende Programm wird ausgeführt von Herrn Diemel, Frau Gertrud Thomas, Frä. Carolina Meier, Frä. A. C. Breunow, Frä. Hans Ballewin, Frä. H. Rob. Schwiesemann und Frä. Franz Altes. Der Eintritt ist frei.

Die Gesellschaft Krania hat anlässlich des regen Feldes ihrer Sternwarte von Randesbühlungsdorf eine Eintritts-Ermäßigung beschlossen, welche darin besteht, daß gegen Quittung, die an den Rat der Verkauflisten im Aufstellungspalast unentgeltlich zu haben sind, die Verfertigung des Anstimmis in der Invalidenstr. auf 30 Pf. ermäßigt; diese Quittung sind überdies noch übertragbar und bis zum 1. Oktober gültig. Diese Ermäßigung dürfte unter den Besuchern der Aufnahmestellung um so mehr Anklang finden, als der Sternwarte augenblicklich eine kleine Halle interessanter Objekte bietet.

Aus den Nachbarorten.

Arbeiterinnen für Pantow-Nieder-Schönhausen. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Sektoren in Nieder-Schönhausen. Vortrag, Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. Ausgabe der „Fadel“ an die Mitglieder. Gäste willkommen.

Aus Rixdorf. Unter einem Wagen der elektrischen Straßenbahn Döbberplatz—Anseebeststraße geriet Sonnabendabend der 54jährige Sohn des Arbeiters Stiche aus der Steinmühlstr. 50, Glucklicherweise kam der Knabe, dem in der Unfallstatistik XII die erste Hilfe zu Teil wurde, mit leichten Quetschungen und Hautabschürfungen davon. — Die früher von den Amtsgerichten in den Vororten geführten Handels- und Firmenregister sind bekanntlich seit Anfang dieses Jahres mit dem Berliner Handelsregister vereinigt worden und werden nun von dem Amtsgericht I Berlin geführt. Da die Geschäftswelt in den Vororten hieher große Nachteile hat, beantragte der Rixdörfer Magistrat, die Zurückverlegung der Register nach dem Rixdörfer Amtsgericht. Der Justizminister hat jetzt im Einverständnis mit dem Kammergerichts-Präsidenten das Gesuch unsres Magistrats abgelehnt.

In der letzten Sitzung der Vöher Gemeindevertretung wurde beschlossen, den projektierten Schulhausbau in der Rixdörferstraße zunächst mit 16 Klassen und allen Nebenbauten (Turnhalle usw.) zur Ausführung zu bringen. Die Kosten des Baus sind auf rund 200 000 M. veranschlagt, von welcher Summe die Gemeinde 60 000 M. übernehmen will, während die übrigen 140 000 M. als staatliche Beihilfe aus dem im nächsten Jahre zur Ausführung gelangenden Pech-Milchionen-Fonds erbeten werden sollen. Zur Verhandlung über den Ankauf des Schulgrundstücks ward eine Kommission eingesetzt.

Lebensgefährliche Zustände herrschen in Treptow an der Endhaltestelle der Großen Berliner Straßebahn-Gesellschaft. Die beiden Fahrgelände laufen dortselbst in vier Paar dicht an einander gelegenen Schienensträngen aus, die durch zahlreiche Weichen untereinander verbunden sind. Hier halten die Wagen, um Passagiere aufzunehmen und gleichzeitig zu rangieren. Das Publikum ist gewarnt, die Weiche zu überschreiten und sich durch das Bewir der hin- und herfahrenden Waggons hindurchzuwinden. Geradezu bedrohlich sind die Szenen, die sich hier Sonntag abspielten. Während sich die Passagiere dem eben vorfahrenden Wagen zubrängen, Frauen und Kinder ihre Hähle eben auf das Triebrett gesetzt haben, sah die Kolos plötzlich vorwärts, so daß sich die im Aufsteigen Begriffenen gewöhnlich nur mit Mühe vor der Gefahr des Herabstürzens retten konnten. Gleichzeitig wird auf dem Neben-gelände ein Anhängewagen rangiert und das nun nach dem dritten Weiche flüchtende Publikum vermag sich nur mit Mühe davor zu schützen, von den Rädern eines gerade abfahrenden Motorwagens zermalmt zu werden.

Im vorigen Jahre wurden an dieser Stelle einer Dams beide Hähle abgefahren. Der Unglücksfall hat aber die Direktion der Straßebahn-Gesellschaft keineswegs veranlaßt, den Uebelstand zu beseitigen, was durch Verweigerung der Weiche nach der rechten und linken Seite der Gasse geschehen könnte.

Charlottenburg. Infolge des steigenden Mangels an kleinen Wohnungen hat das Statistische Amt der Stadt bei denjenigen Grundeigentümern, die seit dem Jahre 1898 ihre Grundstücke bebaut haben, eine Enquete veranstaltet, deren Ergebnis Kny und Kar den Beweis dafür liefert, daß die Tendenz dahin geht, nur noch größere Wohnungen zu bauen. Im Jahre 1898 kamen auf eine neuebaute Wohnung noch 2,72 heizbare Zimmer im Durchschnitt, im Jahre 1897 bereits 3,29, im nächsten Jahre 3,45 und im Jahre 1898 sogar 4,02. Auf je 1000 neue Wohnungen entfielen im Jahre 1896 noch 542, die bis zu zwei heizbaren Zimmern hatten, im Jahre 1897 nur noch 418, und im Jahre 1898 sank diese Zahl bis auf 342. Dagegen ist die Zahl der Wohnungen von 7 und mehr

Zimmern seit 1896 von 27 bis auf 104 im Jahre 1899 gestiegen. (1897: 81, 1898: 109 auf 1000). Wir wollen wünschen, daß die Stadtverwaltung aus den statistischen Daten die nötigen Konsequenzen zieht und energische Schritte zur Binderung der Wohnungsnot ergreift.

Neu-Weihensee. Recht rohe Debatten gab es in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung. Zuerst wurde über die ev. Erbauung eines Rathhauses verhandelt. Der seinerzeit gewählten Kommission wurde der Vorwurf gemacht, daß sie nur einseitig ein einzelnes Angebot zum Plage für das Rathaus geprüft habe, nicht aber alle anderen eingegangenen Offerten. Trotz der wiederholten Zurückweisung dieses Vorwurfs durch einzelne Kommissionsmitglieder wurde beschlossen, diese ganze Angelegenheit der Kommission zur nochmaligen gründlichen Prüfung zu überweisen.

Der im vorigen Jahre von der Gemeindevertretung auf ein Jahr vertagt Antrag auf Erlangung des Stadtraths für Neu-Weihensee wurde abermals vom Gemeinde-Verordneten Grobe begründet. Redner nannte das in der Gemeinde-Verwaltung herrschende System ein mißes, schleppendes, dem jedes frischen pulserende Leben fehle. Die weitere Debatte drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob die Gemeinde durch Erlangung des Stadtraths in finanzieller Beziehung einen Schaden oder Vorteil haben werde. Von unsern Parteigenossen wurde die Erklärung abgegeben, daß sie der Frage nicht feindselig gegenüberstehen und der Wunsch geäußert, daß man dieselbe in kürzester Frist erledigen möge. Es wurde dann beschlossen, einer Kommission in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorsteher aufzugeben, innerhalb dreier Monate die hierzu notwendigen rechtlichen Grundlagen der Gemeindevertretung zur eventuellen Beschlußfassung vorzulegen.

Zum dritten Punkt: Beschlußfassung über Errichtung eines Gewerbegerichts. War zweifellos von der Mehrheit schon in einer Vorbesprechung Stellung genommen worden, anders kann man sich die Haltung der Mehrheit in dieser Frage nicht erklären. Nach eingehender Begründung des Antrags durch Gerstenberger (Soc.), welcher die vom Gemeindevorsteher erhobenen Einwände auf ihre Richtigkeit zurückführte und darauf verwies, in welcher Einmütigkeit die beteiligten Kreise Neu-Weihensee — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — für Errichtung des Gewerbegerichts eingetreten seien, meldete sich aus den Reihen der Gegner auch nicht ein einziger zum Wort. Nach vorher festgelegter Stellungnahme wurde von der Mehrheit (gegen 5 Stimmen) beschlossen, diese Frage zu vertagen, so lange nicht das zu erbauende Rathaus fertiggestellt sei!

Die Vorlage betr. Beschaffung von Reichsämtern für die durchaus unzulänglichen Bureauräume der Gemeindeverwaltung, wurde gutgeheißen.

Die skandalösen Zustände im Armenhause in der Göttenstraße erfuhren durch Schilling (Soc.) die verdiente Würdigung. Die Notwendigkeit schneidender Abhilfe wurde anerkannt und die erforderlichen Mittel hierzu bewilligt.

Das Gesuch einer Lehrerin um Gewährung einer erhöhten Mietszuschußung wurde abschlägig beschieden, da zur Zeit ein Grund zur Verringerung der Lehrerbesoldungs-Ordnung nicht vorliegt.

Im Flakensee bei Woltersdorf ertränkt hat sich der 42 Jahre alte Schenkwirt Reinhold Künzel aus der Schiffsstraße 40—42. Künzel hatte früher Geschäfte in der Stenmandantenstraße und in Lichtenberg. Diese verkaufte er vorteilhaft und übernahm am 1. März d. J. die Wirtschaft in der Schiffsstraße. Sein Vorgänger, der ebenfalls ein Geschäft übernommen hatte, mußte für die Rente haften und diese ganz bezahlen, da Künzel, der in leichtflüchtiger Gesellschaft sein Geld durchbrachte, ihn im Stich ließ. Ein Mietsvertrag auf Schadloshaltung war bereits eingeleitet. Am letzten Mittwochvormittag entfernte sich Künzel. Mittags ging auch seine Frau weg, und seitdem war das Geschäft geschlossen. Am Sonnabend fand man den Mann als Leiche im Flakensee.

Geriichts-Beilage.

Auf weit über 100 Jahre Gefängnis und Haft belaufen sich die Freiheitsstrafen, die infolge des Ausfalls der Strafbahnbohrer-Angestellten verhängt wurden. Gestern beschäftigte eine solche Sache wieder die fünfte Berufungs-Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Hallervorden. Die Angekl. Ritz, Josef, Kuhle und Troll standen derzeit wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung vor dem Schöffengericht. Am 20. Mai hatte die Strafbahn-Gesellschaft durch Säulenanschlag bekannt gegeben, daß sie Arbeiter anstelle. Gewerbeten sollten sich im Bureau in der Brandenburgerstraße melden. Es erschienen an demselben Tage die vier Angekl. im Bureau und fragten den auf dem Platz befindlichen Schaffner Fischer, ob sie angestellt werden könnten. Da es ihm schien, als ob die Angestellten, die sämtlich etwas angetrunken waren, nur lamen, um Skandal hervorzuheben, so wies er sie mit dem Bemerkten ab, daß zur Zeit keine Arbeiter angestellt würden. Die Angestellten wollten sich mit dem Bescheid nicht zufrieden geben, leisteten auch der Aufforderung, sich zu entfernen, kein Gehör, sondern drangen auf Fischer ein, dem nun sein Kollege, der Schaffner Stellung zur Hilfe kam. Dieser sah, daß der Angekl. Kuhle dem Fischer entgegenkam und ihn mit den Worten: „Nun, dann fahrt allein, ihr Verbrecher!“ ins Gesicht schlug. Fischer wehrte sich energisch mittels eines Gummischlauchs. Jetzt eilten auch einige Schugleute hinzu, die sich in einer während des Streiks in demselben Hause eingerichteten Polizeiwache befanden. Durch ihr Dazwischentreten wurde weiteren Ausschreitungen vorgebeugt. Das Schöffengericht hatte nur den Angekl. Kuhle — und zwar zu je sechs Monaten Gefängnis — wegen Körperverletzung verurteilt, einen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch dagegen nicht für vorliegend erachtet und die übrigen Angekl. freigesprochen. Dieser Auffassung trat die Staatsanwaltschaft in der von ihr eingeleiteten Berufung entgegen. In der erneuten Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Zeuge Fischer bereits von seinem Gummischlauch in kräftiger Weise Gebrauch gemacht hatte, nach dem er nur einen gelinden Stoß erhalten. Staatsanwalt Komen hielt demnach das für die Körperverletzung erkannte Strafmaß von sechs Monaten für durchaus möglich, er beantragte außerdem gegen die drei übrigen Angekl. wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten, gegen Kuhle eine Gesamtsstrafe von acht Monaten. Die Verteidiger, Rechtsanwalte Leonh. Friedmann und Erich Friedländer, führten aus, daß der vorliegende Fall mit der sozialwirtschaftlichen Frage gar nichts zu thun habe und eine strenge Verurteilung deshalb keineswegs am Platze sei. Der Gerichtshof war anderer Ansicht, bei Kuhle blieb es bei der Strafe von sechs Monaten Gefängnis, die drei übrigen Angekl. wurden zu einer Gefängnisstrafe von je einem Monat verurteilt.

Ein Meister der Spinnwebkunst stand gestern in dem 24-jährigen Meiner Albert Gedaniy aus Charlottenburg vor der zweiten Strafkammer. Trotz seines jugendlichen Alters geriet Gedaniy zu den berühmtesten Verbrechen. Er steht im dringenden Verdacht, die zahlreichen Diebstähle bei Uhrmachern und Goldarbeitern ausgeführt zu haben, die im Jahre 1898 in Charlottenburg verübt wurden. Es hat sich aber nicht geringes Versteckmaterial finden lassen, denn Gedaniy stiehlt nur ein gros und reißt ab dann mit der Peute sofort ins Ausland, wo er dieselbe veräußert, so daß hier niemals auch nur ein einziges der gestohlenen Objekte zum Vorschein kommt und damit an dem Diebe zum Verfall werden kann. Die Kriminalpolizei ist auch überzeugt, daß Gedaniy zu denjenigen internationalen Verbrechen zählt, welche in Eisenbahnwagen Mitreisende betäubend und alsdann auszuräumen. In der Hauptphase lag ihm ein Einbruch zur Last, den er am 15. Mai d. J. am hellen Tage in dem Geschäftsflokal des Bankiers Franz in der Kronenstraße in Charlottenburg ausgeführt hat. Während der Mittagspause, als das Bankgeschäft geschlossen war, wurde die nach der Straße führende Thür mittels Instrumenten geöffnet. Der Einbrecher hat zunächst das Schaufenster mit einem

Vorhang verhängt und dann dasselbe aufgeräumt. Es lagen in demselben etwa 3000 Mark in allerlei ausländischen Münzen, welche der Dieb vorzüglich zu halten und auszustellen pflegte. Außerdem lagen im Schaufenster für 1700 Mark verschiedene Ränder, an denen aber die Coupons fehlten. Alle diese Werte hat der Dieb an sich genommen und niemals ist ein Stück davon wieder aufgetaucht. Der Verdacht der Thäterhaft lenkte sich sofort auf Albert G. und dessen Bruder Franz G., der Maurer ist, damals aber eine Schankwirtschaft im Hause Hofmeisterstraße 7 in Charlottenburg betrieb. Franz G. wurde noch an demselben Tage, Albert G. nach zwei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt, weil der Verdacht der Thäterhaft sich nicht begründen ließ. Anschließend sollte wieder Gras über der Sache wachsen. Nun war aber in der Nacht vom 27. zum 28. April v. J. bei dem Friseur Künze in Charlottenburg ein Einbruch verübt worden. Dieser betreibt nebenbei einen Handel mit Fahrrädern. In der fraglichen Nacht wurde die Jalousie der Ladenhür hochgehoben, das Schloß wurde von außen geöffnet und drei Räder im Werte von 550—600 Mark wurden gestohlen. Erst nach Wochen wurde ein der gestohlenen Räder bei einem Schankwirt entdeckt, bei dem es der Maurer Hermann Gaudé versteckt hatte. Mit Hilfe des Gaudé wurde festgestellt, daß Albert und Franz Gedaniy den Einbruch verübt und ersterer Schenker gestanden hatte. Inzwischen war der Einbruch beim Bankier Franz verübt und der verdächtige Albert G. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Als man denselben von neuem fassen wollte, war er nach Amerika verduftet. Ende Oktober kehrte er nach Berlin bezw. Charlottenburg zurück und nun wurde die Untersuchung sowohl wegen des Bank- sowie wegen des Fahrraddiebstahls gegen ihn aufgenommen. Neben Albert G. stand sein Bruder Franz wegen Verunstaltung in einem und wegen Teilnahme am Diebstahl in einem zweiten Fall vor den Schranken. Außerdem war Gaudé wegen Diebstahls angeklagt. Albert G. verlegte sich zunächst auf Leugnen, als ihm aber der Vorsitzende das erschütternde Beweismaterial vorhielt, bequeme er sich zu einem Geständnis. Allerdings bestritt er nach wie vor, die früheren Uhren- und Goldwarendiebstähle ausgeführt zu haben, obwohl er gleich nach demselben ebenfalls nach Amerika ging, wo sein Bruder Georg lebt, der sich wegen der vielen Einbrüche in seinem Korbholz gar nicht mehr nach Deutschland zurückwagen darf. Der Einbruch beim Bankier Franz hat er geständigem in folgender Weise ausgeführt. Er sah beim Vorübergehen, daß der junge Mann des Bankiers das Geschäftsflokal schloß, den Schlüssel im Innern stecken ließ und eine Tafel anhing, von 12—11 Uhr geschlossen! Er ging nun zu seinem Bruder Franz, bei dem er wohnte, holte sich eine feine Jange, ließ sich von seiner Schwägerin ein Stück Leinen und ein paar Reithügel geben. So ausgerüstet, begab er sich wieder nach dem Geschäft. Mit der Jange sah er den innen stehenden Schlüssel von außen, drehte denselben herum und öffnete so das Schloß. Dann hing er den mitgebrachten Vorhang vor das Schaufenster und räumte dieses nun in aller Gemächlichkeit aus. Die Münzen hat er darauf in England umgewechselt, wozu er extra zu diesem Zweck gereist ist. Davon hat er dann, bevor er nach Amerika ging, von Oberhausen (zwischen Köln und Rotterdam) aus 900 Mark an seinen Bruder Franz geschickt, der davon die Kneipe kaufte. Die Wertpapiere will er an seinen Freund, den Kellner Mertens geschickt haben. Letzterer ist einer der berühmtesten internationalen Verbrecher, der Lehmeister Albert G.'s, der jetzt in Holland sitzt und dann von dort nach Straßburg ausgeliefert wird, wo er fünf Jahre zu verbüßen hat. Franz G. wurde von seiner eigne Frau schwer belastet. Nach Bekanntschaft derselben habe ihr Mann auch an den früheren Uhrendiebstählen teilgenommen. Durch ihre Vermittlung ist auch ein Koffer mit dem „Handwerkzeug“ des Albert G., den Franz G. versteckt hielt, in die Hände der Polizei und des Gerichts gelangt. Dieser Koffer enthielt einen Revolver mit Patronen, Schießpulver und Handschrauben, ferner Chloroform und Chloralkohol, Dinge die darauf schließen lassen, daß ihr Vetter bei Ausübung der Diebstähle vor seinem Verbrechen zurückrecht. Auf Grund der Beweisaufnahme erkannte der Gerichtshof gegen Albert G. auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht; gegen Franz G. auf 2 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht; gegen Gaudé auf 6 Monate Gefängnis.

Sociales.

Es triffet. Aus Gleiwitz i. O. Schl. wird gemeldet, daß das Eisenwerk Hagenfeldt die Arbeitszeit erheblich eingekürzt hat. Im oberen Werk wird jetzt schon um 4 Uhr nachmittags aufgehört, während im unteren mit 5 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Die Arbeiter künden sich, daß man auf alle Demonstrationen der Eisenindustrie nichts geben kann.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. In Bern hat infolge Stodung der Bauhätigkeit ein Baugeschäft 65 Arbeiter auf einmal entlassen, so daß dadurch die Zahl der bereits vorhandenen Arbeitslosen noch erheblich vermehrt wurde. Die sozialdemokratische Stadtfraktion hat die Einberufung einer Sitzung des Stadtrats verlangt und ferner beantragt, denselben eine Reihe von Vorschlägen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu machen. Darnach sollen bereits projektierte städtische sowie kantonale und eidgenössische Hoch-, Tief- und Straßenbauten in Angriff genommen und dabei bis zu 75 Prozent einheimischer Arbeiter beschäftigt werden. Bei mehreren im Bau begriffenen und aus öffentlichen Mitteln subventionierten Wohnbauten sei in gleichem Sinne zu intervenieren, da hierbei fast ausschließlich Italiener beschäftigt werden. — Auch in St. Gallen gibt es eine größere Zahl arbeitsloser Bauarbeiter, besonders Steinbauer, wo ebenfalls über die Bevorzugung ausländischer Arbeiter geklagt wird.

Veranstaltungen.

Die Bauarbeiter Berlins und Umgebung hielten am Sonntag bei Volk. Verhütung, eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom verflossenen Halbjahr gegeben wurde. Danach betragen die Einnahmen inkl. des alten Bestands von 20 577,98 M. insgesamt 54 632,23 M.; die Ausgaben betragen, darunter 4470,45 M. für Streit- und Märgelung-Unterstützung, 3000 M. an den Central-Strickfonds in Hamburg, insgesamt 20 548,40 M., so daß ein Bestand von 34 083,83 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befätigt und auf deren Antrag dem Kassierer Böttcher die Entlassung erteilt. Eine lehrreiche Debatte entipann sich über den nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Handlungsweise der Mitglieder der Freien Vereinigung und welche Stellung nehmen wir gegen dieselben? Vom Referenten O. Böttcher als auch von andern Rednern wurde angeführt, daß Mitglieder der Freien Vereinigung in zahlreichen Fällen die Beschäfte der Bauarbeiter nicht beachtet und nicht nur in Berlin, sondern auch in den Vororten auf solchen Punkten die Arbeit aufgenommen haben, wo sie von andern Bauarbeitern zwecks Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingestellt worden war. Nach längerem Auseinandersetzen zwischen den Anhängern der lokalen und der centralen Richtung, wobei aber von beiden Seiten wiederholt die Notwendigkeit einer gegenseitigen Verständigung betont wurde, gelang eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: Gegenüber den so oft gehörten Klagen über die Unvollkommenheiten der Lokalvereinigung, erachtet es die Versammlung zunächst als unbedingt nötig, die jetzt bestehende Spaltung unter den Bauarbeitern zu beseitigen. Die Versammelten sind von der Notwendigkeit einer starken einheitlichen Organisation durchdrungen, und alle haben das eine Bedürfnis, die sociale und wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter zu verbessern. Die Versammelten beauftragen die Kommission, in jeder Weise für eine Einigung und Verständigung zu wirken und denselben entgegen zu treten, die aus persönlichem Interesse die Förderung der Organisation herbeizuführen suchen.

Als Kandidaten für die nächsten Gewerbegerichtswahlen wurden sodann S. Koch und Kummert aufgestellt.

Heber „die Wohnungsnot und ihre Beseitigung durch die Domäne Dahlem“ redete in einer Versammlung des Bundes der

Bodenreformer am Freitagabend im Albrechtshof zu Steglitz Herr Rechtsanwalt Berg. Das Thema ist natürlich etwas nach der Methode der Reskame gewählt, worüber wir nicht weiter reden würden, wenn nicht leider die Bodenreformer auf ähnliche Weise ihre ganze Thätigkeit und ihre Bestrebungen behandelten. Wenn sie mit ihrer Bodenreform die kapitalistische Welt kurieren wollen, so ist das ganz ebenso zu beurteilen, wie ihre „Beseitigung“ der Wohnungsnot durch die Domäne Dahlem. Wie der Referent selber erklärte, bleiben von der Domäne, die bekanntlich im nächsten Jahre pachtfrei wird und dann besteelet werden soll, nach Abzug des für staatliche Bauten erforderlichen Gebiets noch 500 Morgen übrig. Wenn diese 500 Morgen nach dem Vorschlag der Bodenreformer besteelet würden, so wäre damit sicher der Boden zweckmäßiger verwertet, als wenn er Spekulantem ausgeliefert wird; selbstverständlich kann man nur wünschen, daß der Profit der Zuwachsrente anstatt dem Sadel der Spekulation dem öffentlichen Interesse diene und zugleich einer Anzahl minder bemittelter Familien die Möglichkeit geboten wird, unabhängig vom Kapitalisten zu wohnen. Über man schreit doch allzu weit über Ziel, wenn man das für eine Beseitigung der Wohnungsnot ansieht. Dieser Optimismus kennzeichnet, wie gesagt, die ganze Agitation der Bodenreformer. Es trat in der Steglitzer Versammlung z. B. auch hervor in der Antwort des Vorsitzenden Herrn Damalsche auf eine besorgte Anfrage, ob der Fiskus, der Staat, nicht bei den im Programm der Bodenreformer vorgesehenen 10jährigen Knechtungen des Erbpachtwerthes nach seinen bekannten Regepen verfahren und die Anbauer schwer steigern werde. Herr Damalsche teilte diese Besorgnis nicht im geringsten und bemähte sich, die Hörer von aller Animosität und allem Mißtrauen gegen den bösen Fiskus gegen den Rader von Staat zu heilen. „Der Staat, das sind wir selber“ rief er aus. In Hannover pflegt man bei solchen Gelegenheiten zu sagen: Ich wollte, du sagtest wahr und — logest auf ein andermal. Selbstverständlich ist Herr Damalsche in seinem Optimismus ganz ehrlich, aber er irrt sich leider. Gerade aus diesem: der Staat, das sind wir selber!“ erhellt in Wahrheit, daß alle solche Bestrebungen nicht auskommen ohne ein politisches demokratisches Programm, das den Staat erst aus Bürokratie, Klassenwahlrecht, Feudalismus — und Kapitalismus erlöst. Wir selber bei diesem Optimismus gegen den Fiskus eine Geschichte aus meiner Jugend ein. Auf unrer kleinen Insel ruhten die Einwohner seit alten Zeiten eine große Weise, die vor dem Dorf lag. Der preussische Fiskus machte dies überkommene Recht streitig, und es gab dieserhalb häufig Gemeindeversammlungen. Ein Altersgenosse von mir hatte schon an diesen Versammlungen teilgenommen; er hatte das Kulter nicht erfinden. Aber er merkte doch, daß der Fiskus ihm das Fell über die Ohren ziehen wollte. Da ergrimmte er und nahm in einer Gemeindeversammlung das Wort zu folgendem Ausruf: Watt ist denn das eigentlich vorn Her, Fiskus; laa'n dat ins laamen, denn will wi den Zwiebhuud verjupen.

Ja glaube, daß aus diesem Optimismus eine Erfahrung redete, die besser orientiert war, als unsre optimistischen Bodenreformer.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns heute die Nr. 16 des 10. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Politik und Kochtopf. — Der Internationale Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen in Paris. — Die Thätigkeit der weiblichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Oesterreich. — Die Bewegung der Berliner Wäschereien und Wälderinnen. — Stellungnahme der Gewerksinnen zum Internationalen Kongress in Paris. — Heiligkeit: Bettina von Armin. (Schluß). — Notizen von Eln Braun und Clara Zetkin: Socialistische Frauenbewegung. — Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungliste für 1900 unter Nr. 3122) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Marktpreise von Berlin am 28. Juli 1900

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis	
Weizen, gut	D.-Lit.	—	Rattisfeln, neue, D.-Lit.	9,00	5.—	
— mittel	—	—	Hindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	
— gering	—	—	— do. Band	1,20	1.—	
Hoggen, gut	14,10	—	Schweinefleisch	1,60	1,10	
— mittel	—	—	Rohfleisch	1,60	1,10	
— gering	—	—	Pannschneidfleisch	2,60	1,80	
*) Weizen, gut	15,40	14,90	Butter	60 Eibd	3,00	2,40
— mittel	14,80	14,30	— 1 kg	—	—	
— gering	14,20	13,70	Kais	—	3.—	1,40
*) Poler, gut	16,40	15,40	Jander	—	2,60	1,20
— mittel	15,30	14,30	Bestie	—	2,40	1,20
— gering	14,20	13,20	Parische	—	1,60	0,80
Rohschrot	6,16	5,33	Schicte	—	2,40	1,24
Reu	7,20	4,80	Biete	—	1,40	0,90
Erdbeeren	40.—	25.—	Archie	per Eibd	15.—	2,50
Ebereschoten	45.—	25.—				
Äpfel	70.—	30.—				

*) frei Wagen und ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 30. Juli. Die Tendenz auf dem Getreidemarkt war, soweit dieselbe in der Preisgestaltung zum Ausdruck kam, matter. Nur am Roggenmarkt zeigten die meist nominalen Notierungen keine Veränderungen. Mittwoch machte sich von vornherein eine Abschwächung geltend, da Amerika und Oesterreich-Algarien matte Notierungen sandten und von den sonstigen Auslandsplätzen keinerlei Kurierung geboten wurde. Weizen und Roggen waren 0,75 bis 1 M. billiger zu haben. Das direkte russische Angebot war weniger dringend, als in der verlassenen Woche, doch fiel das bei der täglich reichlichen Kaufkraft nicht ins Gewicht. Inländische Ware bei der gänglich reichlichen Kaufkraft nicht ins Gewicht. Inländische Ware bei der gänglich reichlichen Kaufkraft nicht ins Gewicht. Inländische Ware bei der gänglich reichlichen Kaufkraft nicht ins Gewicht.

Witterungsänderung vom 30. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	
Swinemünde	755	SW	4 bedekt	20	Daparna	760	ND	4 wolkenl
Hamburg	756	SW	5 bedekt	17	Petersburg	763,9	—	1 wolkenl
Berlin	757,5	—	4 wolflig	20	Sofit	763,9	SW	3 bedekt
Frankf./M.	760	SW	2 bedekt	18	Aberdeen	752	—	5 bis 6 bed.
München	—	—	—	—	Paris	762	SW	3 bedekt
Wien	758	—	4 bis 5 bed.	21				

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. Juli 1900. Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolflig mit Regen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Vermisches.

Ein schweres Unwetter ging am Sonnabend mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelchlag über Köln und der Umgegend nieder, welches beträchtlichen Schaden anrichtete. Dächer wurden abgedeckt und Bäume entwurzelt, auch einige Personen kamen zu Schaden.

Aus Le Mans wird gemeldet, daß in der Nacht zum Sonntag ein heftiges Gewitter in einem Lager bei Avers 4 Artilleristen durch Blitzschlag verletzete. Sieben Pferde wurden getötet, fünf verlegt.

Motorwagen in Afrika. Die französische Regierung hat eine Motorwagen-Gesellschaft auf 15 Jahre als Transporthilfe durch den französischen Sudan nach dem oberen Niger übertragen. Der Betrieb wurde im März d. J. mit 42 Wagen eröffnet und wird die 300 Kilometer lange Strecke von Fasilada nach Bamaka, für die bisher circa 3 Wochen erforderlich waren, in 7 Tagen zurückgelegt. Die Automobile besitzen 9—10 Pferdekraft und eine Geschwindigkeit von durchschnittlich 14 Kilometer. Die Gesellschaft erhält von der französischen Regierung eine jährliche Subvention von 75 000 Franken.